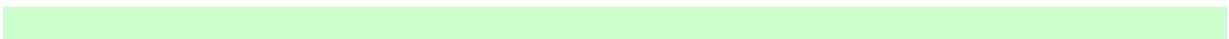


Leistungsb e r i c h t



2013



Herausgeber:

Deutscher Naturschutzring
Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.
Marienstraße 19 – 20
10117 Berlin
Telefon: 030 – 678 1775 – 70
E-Mail: info@dnr.de

Redaktion:

Helga Inden-Heinrich
Bjela Vossen
Eric Jánaček
Theresa Klostermeyer
Jochen Fritz
László Maráz
Alessa Hartmann
Marie-Luise Abshagen
Anke Draheim
Doris Rohde

Bildnachweis:

Günter Moser, Umweltzentrum Wiesenfelden

DNR-Aktivitäten im Jahr 2013

Wie jedes Jahr, war auch das Jahr 2013 für den DNR wieder geprägt durch ein enorm hohes Arbeitsaufkommen mit überaus interessanten, vielseitigen Aktivitäten und Projekten, insbesondere im Rahmen der Strukturdebatten und der Bundestagswahl.

Mit großem Engagement und Intensität haben sich Vertreter und Vertreterinnen des Präsidiums und der Mitgliedsorganisationen in Fortsetzung der bereits 2009 und 2011 begonnenen Strukturdebatte 2013 um ein neues Leitbild und eine neue Beitragsordnung gerungen. Beide Debatten konnten erfolgreich zu Ende geführt werden und auf der Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit verabschiedet werden.

Das Präsidium hat sich in einer Klausurtagung am 16./17. September 2013 auf der Malepartus Hütte des DAV in Oderbrück, Oberharz zwei Tage mit Strukturfragen und den zukünftigen Herausforderungen für die Arbeit und die Funktion des DNR als Dachverbandes eingehend beschäftigt.

Zur Bundestagswahl koordinierte der DNR mit seinen Mitgliedsorganisationen Abstimmungsprozesse, erarbeitete Kernforderungen und Positionspapiere, organisierte Presseaktivitäten, Veröffentlichungen und Veranstaltungen. Hinsichtlich der Ergebnisse der Koalitionsvereinbarungen reagierte der DNR mit Enttäuschung.

Bundestagswahl 2013

Eine wichtige Aufgabe, die den Deutschen Naturschutzring (DNR) das ganze Jahr über beschäftigte, war die kritische Begleitung der Bundestagswahl und der anschließenden Koalitionsverhandlungen. Der DNR organisierte Abstimmungsprozesse mit den Mitgliedsorganisationen zu Erwartungen und Forderungen für Natur-, Tier- und Umweltschutz, führte viele Gespräche mit Politikern und sorgte für eine kontinuierliche und große Presseresonanz. Hinsichtlich der Ergebnisse der Koalitionsvereinbarungen reagierte der DNR mit Enttäuschung.

- Es gibt keine Abkehr von einem umweltzerstörenden Wirtschaftswachstum, etwa durch die Einführung eines Wohlfahrtsindikators zur Ergänzung des bisher alleinigen Maßstabs Bruttoinlandsprodukt.
- Unterblieben ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Folgen des geplanten Freihandelsabkommens (TTIP) zwischen der EU mit den USA für Umwelt- und Sozialstandards. Investoren oder Konzernen ist es danach erlaubt, gegen nationale Gesetze zu klagen.
- Besonders kritisch sieht der DNR die Ergebnisse bei der Energiewende und zum Klimaschutz. Notwendige Anstrengungen bei der Energieeffizienz und der Energieeinsparung unterbleiben ebenso, wie ein Klimaschutzgesetz, das verbindliche CO₂-Standards für alle Sektoren vor-

schreibt. Erfreulich war die Festschreibung der Einrichtung eines Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende.

- Statt des vom DNR und anderen Organisationen geforderten Abbaus umweltschädlicher Subventionen soll lediglich verstärkt überprüft werden, ob die Subventionen nachhaltig sind.
- Beim Bodenschutz gibt es keine Unterstützung der Europäischen Bodenschutzrichtlinie, obwohl von den 28 EU-Mitgliedstaaten lediglich neun über ein nationales Bodenschutzgesetz verfügen.
- Unzureichend sind die Aussagen zur Agrarpolitik und einer stärkeren Förderung von Agrarumweltmaßnahmen, des Klimaschutzes und des ökologischen Landbaus.
- Die Einführung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzverbände unterblieb.
- Bei der Sicherung des nationalen Naturerbes ist die Umsetzung vieler der auf einem Parlamentarischen Abend geforderten Maßnahmen positiv herauszustellen. Kritisiert wurden die noch fehlenden konkreten Finanzierungszusagen und die Berücksichtigung von BVVG-Flächen.
- Begrüßt wurde das Bekenntnis zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Leider wurde zur Verwendung des Aufkommens für Zwecke der Armutsbekämpfung, des Klimaschutzes und des Erhalts der Biologischen Vielfalt nichts ausgesagt.

- Beim Lärmschutz sind einige Verbesserungen vorgesehen. Erstmals soll die Gesamtbelastung des Flug-, Straßen- und Schienenverkehrs berücksichtigt werden.

Konsequenzen aus dem Bericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität am 24. April 2013, EU-Kommission, Berlin

Es war ein geschickt gewählter Termin, um Vielbeschäftigte in Berlin zu einer Tagung einzuladen – ca. 110 Personen kamen zu einer „erweiterten Mittagspause“ am 24. April in das Haus der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland. Das Thema lautete: „Konsequenzen aus dem Bericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Ein Vorbild für Europa?“ Die Auseinandersetzung mit Empfehlungen und Defiziten gab Anregungen für die weitere Arbeit.

Parlamentarischer Abend „Nationales Naturerbe“, 23.04.2013, Bistro-Lina, Berlin

Nach den bisherigen Erfolgen der Sicherung des Nationalen Naturerbes wurden auf dem Parlamentarischen Abend am 23.04.2013 weitere Ziele gefordert: 30.000 Hektar, die Schaffung eines Bundesprogrammes „Blaues Band“ zur Renaturierung von Fließgewässern und Auen, die Unterstützung des Internationalen Schutzes der biologischen Vielfalt und die Erarbeitung einer Alpenstrategie. Es wurden erste Überlegungen zu einem Finanzierungsinstrument gemacht, das die langfristige Sicherung der Flächen des Nationalen Naturerbes gewährleistet.

DNR-Veranstaltung PCB „30 Jahre PCB Management - was ist (noch) zu tun? - Lehren für den Chemikalien Risk-Cycle einer Kreislaufwirtschaft“ am 20. August 2013, EU-Kommission, Berlin

Der DNR befasst sich schon seit längerer Zeit mit dem Thema „Belastung von dioxin-ähnlichen PCB (polychlorierte Biphenyle) im Rindfleisch“. Wegen der vorhandenen Vorbelastungen wurde nach längeren Diskussionen und auf Antrag der Bundesregierung der EU-Auslösewert für dioxinähnliche PCB im Rindfleisch einfach verdoppelt. Bei der Veranstaltung am 20.08.2013 zum Thema „30 Jahre PCB-Management – was ist (noch) zu tun? - Lehren für den Chemikalien Risk-Cycle einer Kreislaufwirtschaft“ wurden Ursachen und Wege zur Reduzierung der PCB-Belastungen aufgezeigt.

Partizipation und Transparenz in der Tagung „Wissenschafts- und Forschungspolitik“, 31. Mai 2013, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaft.

Um Zukunftsfragen anzugehen, ist eine gesellschaftlich relevante, transdisziplinäre Wissenschaft gefragt, die neben technischer Expertise auch soziale Innovationen fördert.

Für diese neue Form der transdisziplinären Wissenschaft und Forschung ist die professionell organisierte Mitwirkung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Problemformulierung und Lösungsbewertung unerlässlich.

Wie zivilgesellschaftliche Partizipation in Wissenschaft- und Forschungspolitik organisiert werden kann und welche Governancestrukturen sinnvoll sind, wurden mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Politik, Stiftungen und den zivilge-

sellschaftlichen Organisationen bei der Veranstaltung diskutiert.

Das Projekt Forschungswende bietet eine breite Plattform für Umweltverbände (u.a. BUND, NABU, DNR), Entwicklungshilfeorganisationen und weiteren Organisationen, um eigene Positionen zu Wissenschaft- und Forschungspolitik zu entwickeln. Die Geschäftsstelle der Zivilgesellschaftlichen Plattform Forschungswende ist bei der Vereinigung der Deutschen Wissenschaft (VDW) angesiedelt. Die VDW hat für 2014 einen Projektantrag zum Thema „Empowerment und Capacity Building in der Zivilgesellschaft“ beim UBA eingereicht. Der DNR wird hierbei Kooperationspartner sein.

Tierschutz

Vizepräsidentin Undine Kurth hatte Ende des Jahres erstmalig alle Tierschutzorganisationen im DNR (Deutscher Tierschutzbund, Bund gegen Missbrauch der Tiere, Vier Pfoten Vogelschutzkomitee, Komitee gegen den Vogelmord, Schutzgemeinschaft Wild, Sielmann-Stiftung, Schweisfurth-Stiftung, NEULAND, Louisoder-Stiftung) an einen Tisch geholt und über die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen für den Tierschutz diskutiert. Es wurde verabredet, nach der Bundestagswahl die neu gesetzten politischen Rahmenbedingungen zu beraten und den Koalitionsvertrag mit Blick auf den Tier- und Artenschutz auszuwerten sowie Schwerpunkte im Bereich Tier- und Artenschutz für die Arbeit des DNR im Jahr 2014 festzulegen.

Verbändeforen 2013

Das DNR-Verbändeforum ist neben der Mitgliederversammlung ein sehr wichtiges Gremium für die Informations- und Abstimmungsprozesse mit und für die DNR-Mitgliedsorganisationen.

Das erste Verbändeforum 2013 fand am 3. Juni 2013 in Berlin in der DNR-Geschäftsstelle zu den Themenschwerpunkten:

- Tierschutzlabel, vorgestellt von Thomas Schröder, Präsident Deutscher Tierschutzbund
- Konzept für eine artgerechte Nutztierhaltung im Ökologischen Landbau, vorgestellt von Alexander Gerber, GF Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW)
- Aktuelle Entwicklungen Transformationsprozess / Auswertung der DNR-Tagung vom 24.4.13 zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ statt.

Auf dem zweiten DNR-Verbändeforum am 29. November 2013 in der NABU-Geschäftsstelle Berlin standen die Themen

- Wohin geht nach der Bundestagswahl der Weg für Natur-, Tier- und Umweltschutz? Wie sollen und können sich die Verbände aufstellen?
- Planung und Ziele eines von den Umweltverbänden gefordertes Kompetenzzentrum „Naturschutz und Energiewende“

zur Diskussion.

DNR Mitgliederversammlung 2013

In seinem Vortrag gab DNR-Präsident Prof. Dr. Vogtmann einen Überblick über die zahlreichen Veranstaltungen und politischen Aktivitäten des DNR und der angegliederten Bündnisse im vergangenen Jahr: z.B. EU-Koordination, Forum U&E, Kampagne „Meine Landwirtschaft“. Als Gastredner konnte der neue Generalsekretär der DBU, Dr. Heinrich

Bottermann gewonnen werden. Dr. Bottermann skizzierte die zukünftige Ausrichtung der DBU unter seiner Leitung und stellte die von der DBU geförderten Projekte und Förderungsmöglichkeiten vor, mit besonderem Blick auf Projektkooperationen mit dem DNR und seinen Mitgliedsorganisationen. Bislang wurden Projekte des DNR und seiner Mitgliedsverbände mit einem Volumen von fast 70 Millionen Euro gefördert.

Der Schwerpunkt der Arbeit der DBU liege auf der Förderung innovativer Konzepte im Umweltschutz. Jedoch bisher unter besonderer Berücksichtigung der mittelständischen Wirtschaft. Im Anschluss folgte eine sehr angeregte Diskussion mit vielen Fragen zu laufenden und geplanten Projekten der DBU.

Beitragsordnung:

Einleitend fasste DNR-Präsident Vogtmann die Bedeutung und den Hintergrund zum vorliegenden Vorschlag einer neuen Beitragsordnung zusammen. Nach einer intensiven Diskussion wurde die neue Beitragsordnung mit 79 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und einer Enthaltung von 110 abgegebenen Stimmen beschlossen.

Geplante Satzungsänderung DNR-MV 2014:

Der Vorsitzende der Satzungskommission Ludwig Wucherpfennig informierte über die zu überarbeitenden Paragraphen in der Satzung, z.B.:

- Aufnahme des Tierschutzes im Untertitel und unter §1, Name und Sitz
- Mitgliederstruktur (Organisationen: Verbände, Stiftungen, etc.)
- Stimmenzuordnung gemäß der neuen Beitragsordnung

Verabschiedung Leitbild des DNR:

Nach mehreren, im Vorfeld in den Mitgliedsorganisationen durchgeführten Abstimmungsrunden, wurde das neue Leitbild des DNR einstimmig angenommen.

Mehrjahresplanung 2014 – 2016:

Die Mehrjahresplanung mit den Arbeitsschwerpunkten

- Energiepolitik, dazu gehörig Energiewende und Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe
- Naturschutz / Erhalt der biologischen Vielfalt
- Ländlicher Raum
- Reform Bundesberggesetz
- Sustainable Development Goals (SDGs)
- Fortführung des Transformationsprozesses
- Projekt „Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung“
- DNR als Vermittler für den ökologisch-sozialen Wandel
- TTIP Freihandelsabkommen EU-USA (EU-Koordination in Kooperation mit Forum Umwelt und Entwicklung)

Neuaufnahme:

Die Aufnahme der **TEMA-Stiftung für den Naturschutz** wurde als wichtiger Schritt für die Verstärkung der interkulturellen Zusammen-

arbeit angesehen. Die TEMA-Stiftung engagiert sich für den Erhalt der Biodiversität und den Kampf gegen Desertifikation durch Bodenerosion mittels Aufforstung. Auch die Umweltbildung von Menschen mit türkischem Migrationshintergrund steht im Fokus der Arbeiten der TEMA-Stiftung für den Naturschutz. Die Stiftung sucht den Schulterschluss mit den deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen, um sich gemeinsam mit ihnen den Herausforderungen im Bereich des Natur-, Tier- und Umweltschutzes zu stellen. Seit 2009 wurden bereits einige interkulturelle Projekte zum Thema Biodiversität, zusammen mit dem DNR, durchgeführt.

Spitzengespräche:

Zu einer der zentralen Aufgaben des DNR gehört es, den Kontakt und das Gespräch mit den politischen Entscheidungsträgern und Akteuren zu pflegen und zu koordinieren. So hat er auch 2013 wieder viele Gespräche auf den verschiedensten Ebenen geführt und koordiniert: u.a. mit dem Bundespräsidenten Joachim Gauck, der Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesumweltminister Peter Altmaier, der neugewählten Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Dr. Barbara Hendricks, dem Umweltkommissar der EU Janez Potočnik, dem Umweltminister Niedersachsen Stefan Wenzel, dem Wirtschaftsminister von Thüringen Matthias Machnig, dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion Ulrich Kelber, der EU-Kommissarin Connie Hedegaard, alljährliche Konsultationen mit dem Bundesumweltministerium, dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) und dem Umweltbundesamt (UBA) auf der Führungs- und Arbeitsebene.

Projekt "Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung"

Im Jahr 2013 hat das Projekt Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung tatkräftig daran gearbeitet, die wichtigen Überschneidungen zwischen den Arbeitsfeldern Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit, im Sinne der Generationengerechtigkeit aufzuzeigen. Vielen relevanten Akteuren konnten die Zusammenhänge zwischen ökologischen und sozialen Themen aufgezeigt werden. So konnte dem Ziel, den Umweltschutz stärker aus der Nische zu befördern und eine übergreifende, nachhaltige Gesellschaftspolitik zu etablieren, ein Stück näher gekommen werden.

Veranstaltungen

21. Januar 2013: Auftaktworkshop Ökologische Wende vs. Sozialpolitik? - Zielkonflikte, potenzielle Synergien und zivilgesellschaftliche Innovationen in der Neuen Mälzerei in Berlin.

Am 21. Januar 2014 folgten VertreterInnen aus Umweltorganisationen, Sozialverbänden, Entwicklungszusammenarbeit, Verwaltung und lokalen Initiativen der Einladung des DNR-Projektes in die neue Mälzerei in Berlin. Bei der Veranstaltung wurden gemeinsam Schnittmengen zwischen Sozial- und Umweltpolitik diskutiert und Handlungsspielräume für die Zukunft austariert. Es wurde der Frage nachgegangen, welchen Beitrag Umwelt- und Sozialverbände zur öffentlichen Bewusstseins-schaffung und zu politischen Weichenstellungen leisten können. In Foren zu den Themen Energiewende, Ernährung/ Landwirtschaft und Stadtnatur wurden diese Fragen thematisch gezielt analysiert und diskutiert. Der Vernetzungsworkshop setzte

ein starkes Zeichen für die Bereitschaft in den Umwelt- und Sozialverbänden, sich für die Themen des jeweils anderen zu öffnen und einen besseren Austausch zwischen den Akteuren zu pflegen. Der Workshop war zudem ein inspirierender Auftakt für das Projekt. Viele Kontakte wurden geknüpft und gemeinsame Arbeitsansätze für die Zukunft austariert.

11. Juni 2013: Vernetzungsworkshop Sozial- und Umweltverbände, veranstaltet vom Projekt Generationengerechtigkeit des DNR, vom Paritätischen Gesamtverband und von der klima-allianz deutschland beim Paritätischen Gesamtverband in Berlin.

Am 11. Juni 2013 trafen sich VertreterInnen der Sozial- und Umweltverbände zu einem intensiven Austausch über mögliche gemeinsame Ziele und Wege für die Zukunft. Die TeilnehmerInnen entschieden Folgetreffen für die einzelnen Themenbereiche zu organisieren, um den Wissensaustausch zu vertiefen und die Planung gemeinsamer Aktivitäten voranzutreiben. Durch das Vernetzungstreffen entstanden bisher verschiedene gemeinsame Projekte: Mit der Vorarbeit der klima-allianz deutschland und dem Forum Ökologisch-soziale Marktwirtschaft, konnten beim Netzwerktreffen neue Partner für die von Sozial- und Umweltverbänden getragene Charta zur sozial gerechten Energiewende gewonnen werden. Die Energiewende-Charta wurde im Oktober 2013 veröffentlicht. UnterzeichnerInnen waren der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Paritätische Gesamtverband, die Nationale Armutskonferenz, der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, die Diakonie Deutschland und die Volkssolidarität, der Deutsche Naturschutzring (DNR), die Naturfreunde und

die Deutsche Umwelthilfe (DUH). Des Weiteren wurde bei dem Netzwerktreffen eine Kooperation zwischen NABU, AWO, Diakonie und BDKJ ins Leben gerufen. Die Verbände streben seitdem an, Bildung für nachhaltige Entwicklung innerhalb der Freiwilligendienste als Standard der begleitenden Bildung zu verankern. Die Curriculumentwicklung sieht die Entwicklung und Erprobung eines Curriculums für BNE im Rahmen der Freiwilligendienste für die Zielgruppe junger Freiwilliger unter 27 Jahren vor, mit flexibel einsetzbaren inhaltlichen und methodischen Bausteinen aus der BNE.

Ein weiteres Ergebnis des Netzwerktreffens war zudem die Idee, dieses Vernetzungskonzeptes auf die Ebene der Jugendorganisationen der Umwelt- und Sozialverbände zu übertragen. Ein erster Workshop fand im Herbst 2013 statt, initiiert durch das DNR-Projekt und den Bundesverband der AWO (siehe weiter unten).

13. Juni 2013: ExpertInnenworkshop zum Thema soziale Innovationen und zivilgesellschaftliches Engagement, veranstaltet von DNR, Zentrum für Technik und Gesellschaft (ZTG) und ISInova der TU-Berlin an der TU-Berlin.

Teil des DNR Projektes Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung ist es, Akteure aus unterschiedlichen thematischen Ressorts zusammen zu bringen, um an einem gemeinsamen Verständnis von Transformation und an Ideen für einen gesellschaftlichen Wandel zu arbeiten. Das erfolgreiche Expertengespräch mit DiskutantInnen aus Forschung, Verwaltung, Verbandswelt und lokalen Initiativen, zeigte, dass die transdisziplinäre Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure und die Diffusion von innovativen Ansätzen zwei

zentrale Motoren für gesellschaftlichen Wandel darstellen. Beim Treffen konnten so wichtige Erkenntnisse über die Verbreitung sozial und ökologisch innovativer Projekte gewonnen werden, die für die Zukunft des Projektes von großer Bedeutung sind.

17. Juni 2013: Projektvorstellung im BMUB

Am 17. Juni 2013 stellte das DNR-Projekt seine Ziele und Strategien bei einem vom BMUB initiierten Vernetzungstreffen vor. Unterschiedlichste BMUB-Projekte kamen hier zu einem Austausch zusammen, der sowohl inhaltlich als auch für die Netzwerkarbeit sehr fruchtbar war.

08. Oktober 2013: Vernetzungstreffen der Jugendorganisationen der Umwelt- und Sozialverbände, veranstaltet vom DNR und dem Bundesverband der Arbeiter Wohlfahrt (AWO) bei der Arbeiterwohlfahrt in Berlin.

Am 08. Oktober 2013 trafen sich die Jugendorganisationen der Umwelt- und Sozialverbände für einen intensiven Austausch zu möglichen thematischen und fachlichen Schnittmengen. Hier wurden interessante Ideen und Zusammenschlüsse für die Zukunft entwickelt. Klimaflucht, sozial-ökologische Transformation, kritische Stadtrundgänge und eine gemeinsame Zielgruppenanalyse; an vielen Bereichen wollen die Arbeitsgruppen die aus dem Treffen entstandenen in Zukunft gemeinsam weiterarbeiten. Informationen und Termine wurden ausgetauscht, zu Veranstaltungen eingeladen und vieles mehr.

Ein Ergebnis des Workshops war eine Tagung des Jugendrotkreuzes (JRK) in Zusammenarbeit mit der Naturschutzjugend (Naju) und der BUNDJugend zum Thema Klimaflucht. Des Weiteren hat sich eine AG aus mehreren Akteuren beider Seiten aus dem Vernetzungstreffen entwickelt, die gemeinsam

zum Thema Wachstum und gutes Leben arbeitet. Derzeit ist vorgesehen, ein Diskussionspapier zu diesem Thema zu erarbeiten. Bisher treffen sich hier der DNR, Greenpeace, das Bundesjugendwerk der AWO und die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ). Die Naturschutzjugend (Naju) und der Bund der katholischen Jugend (BDKJ) sind derzeit inaktive Mitglieder der AG. Die Grüne Jugend, die junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (junge ABL) und die BUNDJugend haben Interesse bekundet, sich zu beteiligen. Ein weiteres Ergebnis der unterdessen verstetigten Vernetzungworkshops ist eine geplante Zusammenarbeit zwischen den Jugendverbänden Umwelt und Soziales zum Thema TTIP.

Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

06. Februar 2013: DNR-Projekt stiftet Preis für grünen Dokumentarfilm beim Green me Festival 2013 in Berlin

Es ist erklärtes Ziel des DNR-Projektes Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung, das Thema Ökologische Gerechtigkeit einer möglichst breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Auch Medien wie Film und Fernsehen spielen hierbei eine wichtige Rolle, gerade um Kinder und Jugendliche zu erreichen. Aus diesem Grund engagierte sich der DNR beim grünen Film-Festival Green me, welches die Berlinale flankierend jährlich in Berlin stattfindet. Im Rahmen des Projektes stiftete der Deutsche Naturschutzring den mit 3000 Euro dotierten Preis für den besten Dokumentarfilm. Sieger in dieser Kategorie wurde der Film "Bottled Life - Nestlés Geschäft mit dem Wasser".

Projekt-Newsletter

Ein wichtiger Baustein der Öffentlichkeitsarbeit des Projektes war auch in 2013 der quartalsmäßig erscheinende Newsletter des Projektes. Hier wurden alle interessanten Entwicklungen aus dem Projekt sowie neue externe Projekte, die zur Verknüpfung aus Umwelt- und Soziales beitragen, vorgestellt und Termine und Literaturtipps verbreitet.

Neue Kategorien und neue Inhalte auf der Webseite

Die Internetseite des Projektes „Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung“ wird derzeit optimiert. In der neuen Kategorie „Zum Weiterlesen“ finden sich Publikationshinweise rund um die Themen Generationengerechtigkeit und ökologisch-soziale Synergiepotentiale. Der benutzerfreundlichen Recherche dient die Untergliederung in verschiedene Themenfelder von „Klima und Energie“ über „Ernährung und Lebensmittelproduktion“ bis „urbaner Raum, nachhaltige Stadt“. Auch die Terminseite wurde neu unterteilt, damit eine gezielte Suche erleichtert wird.

www.nachhaltigkeits-check.de

Herbst 2013: Vorbereitungen des geplanten Schwerpunktheftes des Magazins *Politische Ökologie* zum Thema „Ökologische Gerechtigkeit“

Im Herbst 2013 begann das Generationengerechtigkeitsprojekt, in Zusammenarbeit mit der Redaktion des Magazins *politische Ökologie*, das Themenheft zum Schwerpunkt „Ökologische Gerechtigkeit“ zu erarbeiten. Inhalte auf nationaler wie globaler, inter- wie intragenerationeller Ebene, werden die gesamte Bandbreite des Themas „Ökologische Gerechtigkeit“ widerspiegeln. Neben Lisi

Maier (Bund der katholischen Jugend), Michael Kopatz (Wuppertal Institut), Jörg Haas (Climate Diplomacy Program der European Climate Foundation) und Damian Ludewig (Forum Ökologisch soziale Marktwirtschaft) werden viele weitere Autoren das Thema „Ökologische Gerechtigkeit“ in all seinen Facetten beleuchten.

Mitarbeit des DNR in der Projektarbeitsgruppe des DUH Projekts „Gemeinsam handeln für mehr Umweltgerechtigkeit“

Auch im Jahr 2013 war das DNR-Projekt zur Generationengerechtigkeit ein wichtiger Partner für die Arbeit der Deutschen Umwelthilfe in ihrem Projekt zum Thema Umweltgerechtigkeit. In der projektbegleitenden Arbeitsgruppe des Projektes „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation“ konnte der DNR wichtige Impulse setzen und zudem für die eigene Arbeit interessante Kontakte knüpfen und inhaltliche Inspirationen gewinnen.

EU-Koordinationsstelle

Im Jahr 2013 hat die EU-Koordinationsstelle des DNR mit Veranstaltungen, Veröffentlichungen, dem elektronischen EU-Umweltnewsletter und dem Internetauftritt www.eu-koordination.de ihren Beitrag geleistet, die deutsche Umwelt- und Naturschutzszene über die Entwicklungen auf der europäischen Ebene zu informieren.

Das Team der EU-Koordinationsstelle hat engagiert daran gearbeitet, die NGO-Aktivitäten national und auf europäischer Ebene besser miteinander zu verzahnen, EU-politische Themen aufzubereiten und den

Kreis der Europa-Aktiven zu vergrößern. Hilfreich war dabei der enge Kontakt mit den europäischen Partnerorganisationen – u.a. durch die Vertretung Deutschlands im Vorstand des Europäischen Umweltbüros (EEB). Die inhaltlichen Schwerpunkte der eigenständigen politischen Aktivitäten lagen in diesem Jahr durch das Projekt „Ressourcenaufbau für Ressourcenschutz“ im Bereich Ressourceneffizienz sowie durch das Projekt „EU-Umweltpolitik Reloaded“ und das Projekt „Fit für die neue EU-Finanzperiode“ in der lang- und mittelfristigen EU-Umweltpolitik. Dort wurden schwerpunktmäßig die Prozesse zum 7. Umweltaktionsprogramm, zum mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2014 - 2020, zur EU-Bodenrahmenrichtlinie sowie zur Europawahl begleitet. Ein weiterer Schwerpunkt bildete, finanziert durch die ECF, die Arbeit für ambitionierte Klima- und Energieziele bis 2030.

Durch diese vier Projekte konnte der Finanzbedarf der EU-Koordination für 2,3 Stellen gedeckt werden. Neben der Leitung der EU-Koordination, Bjela Vossen, arbeiteten Antje Mensen und Stefanie Langkamp in den Projekten, unterstützt von Daniel Hiß.

Politische Schwerpunkte

Die EU hat sich bis 2020 konkrete **Klima- und Energieziele** gesetzt: Die CO₂-Emissionen sollen gegenüber dem Basisjahr 1990 um 20 % gesenkt werden, der Anteil an erneuerbaren Energien auf 20 % steigen und die Energieeffizienz soll auf 20 % gesteigert werden. Die nächste Herausforderung für die Europäische Union ist es, die **Ziele bis zum Jahr 2030** festzulegen. Die EU-Kommission hat im März 2013 ein Grünbuch zur Klima- und Energiepolitik bis 2030 gemacht. Die Ziele von 40 % Treibhausgasreduktionen und 30 % erneuerbaren Energien sind aus Sicht der Umwelt-

verbände jedoch bei Weitem zu schwach. Sie fordern drei bindende Ziele für 2030, nämlich mindestens 55 % Treibhausgasreduktion, 45 % erneuerbare Energien und 40 % Energieeinsparungen. Im Januar 2014 will die EU-Kommission ein Weißbuch mit voraussichtlich sechs Szenarien herausbringen. Im März sollen Staats- und Regierungschefs darüber entscheiden.

Die Leitinitiative **Ressourcenschonendes Europa** deckt den gesamten Umwelt- und Klimaschutz in der Europa 2020 Strategie ab. Mithilfe dieser Leitinitiative soll die Umstellung Europas auf eine ressourcenschonende und kohlenstoffarme Wirtschaft erfolgen - durch die Verringerung des Ressourceneinsatzes, Steigerung der Ressourcensicherheit und Abbau der Umweltauswirkungen der Ressourcennutzung. Das Hauptinstrument für die Umsetzung ist der 2011 verabschiedete „Fahrplan Ressourcenschonendes Europa“. In diesem strategischen Dokument zeigt die EU-Kommission Wege hin zu einer nachhaltigen europäischen Wirtschaft bis 2050 auf. Der EU-Ansatz zum Ressourcenschutz umfasst nicht nur die abiotischen und biotischen Rohstoffe, sondern auch Wasser, Luft, Boden/Fläche und die Biologische Vielfalt und ihre Wechselwirkungen. Dieser Ansatz wird auch von der Wirtschaft nachvollzogen, wie sich in der Arbeit der Europäischen Ressourceneffizienzplattform (EREP) gezeigt hat. Die Leitinitiative und der Fahrplan Ressourcenschonendes Europa sehen vor, dass Ressourceneffizienz im Europäischen Semester verankert wird. Hierzu gehören vor allem die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen sowie die Verschiebung von Steuerlast vom Faktor Arbeit auf Umweltsteuern, koordiniert durch das Europäische Semester.

Ende 2012 hatte die EU-Kommission ihren Vorschlag für das **7. Umweltaktionsprogramm (UAP)** vorgelegt. Das UAP legt die Schwerpunkte der EU-Umweltpolitik bis 2020 fest. Außerdem skizziert es eine Vision, nach der die europäischen BürgerInnen 2050 „gut innerhalb der ökologischen Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten leben“. Der Vorschlag wurde in der ersten Hälfte 2013 von Rat und Parlament verhandelt bis er Ende 2013 rechtskräftig wurde.

Ein noch ausstehender Bereich des 6. UAP ist die **EU-Bodenrahmenrichtlinie**. Seit 2007 blockiert die Bundesregierung gemeinsam mit einer Minderheit anderer EU-Länder die EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie, obwohl Deutschland die EU ursprünglich aufgefordert hat, eine europäische Lösung zum Bodenschutz zu finden. Trotz der Tatsache, dass der europäische Bodenschutz auch im 7. UAP wieder aufgegriffen wird, überlegte die EU-Kommission im Herbst 2013 durch die REFIT-Kampagne ihren Vorschlag zu einem einheitlichen, europäischen Bodenschutz zurückzuziehen.

Bis Herbst 2013 liefen in Brüssel die Verhandlungen über die zentralen Budgetposten der EU. Übergeordnet ist dabei der **Mehrjährige Finanzrahmen (MFR)**, der die maximale Höhe von Einnahmen und Ausgaben für die jährlichen Haushalte bis 2020 festlegt. Innerhalb des MFR 2014 - 2020 sind die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die Kohäsions- und Strukturpolitik sowie des Fischereifonds wichtige Anknüpfungspunkte, um ein „Greening“ des EU-Budgets voranzutreiben. Neben dem volumenmäßig kleinem Umwelt- und Klimaprogramm LIFE war eine Ökologisierung dieser distributiven Politiken mit großen Budgets zentral.

Am **25. Mai 2014 ist Europawahl**. Zum ersten Mal finden die EU-Parlamentswahlen 2014 gemäß dem Vertrag von Lissabon statt. Deutschland stellt 96 von 751 Abgeordneten. Neu ist auch, dass erstmals der Präsident der EU-Kommission gewählt wird. Anfang 2014 nominieren die nationalen und Europäischen Parteien voraussichtlich ihre Kandidaten für das Amt. Durch die gekippte Fünfprozenthürde ist bei einer Wahlbeteiligung von 45 % wie bei der letzten Europawahl auch der Einzug von rechtsradikalen Parteien ins Europäischen Parlament vereinfacht.

Die Regierungen Europas und der USA planen das **»transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen« (TTIP)**. Mit dem TTIP-Abkommen versprechen Wirtschaftsvertreter in der EU und den USA mehr Wachstum. Sie wollen mehr Handelsströme und mehr Marktfreiheit für Unternehmen. In der Realität kann das aber bedeuten: Gentechnik-Lebensmittel und Hormonfleisch landen ungekennzeichnet auf unseren Tellern. Das geplante ACTA-Abkommen zum Urheberrecht kommt durch die Hintertür erneut – Meinungsfreiheit und Datenschutz bleiben auf der Strecke. Nur die niedrigeren Verbraucherschutz- und Umweltstandards bleiben übrig. Bundesregierung und EU-Kommission setzen auf Geheimverhandlungen unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit und der Parlamente.

Seminare, Veranstaltungen und Lobbyarbeit

Die in den letzten Jahren aufgebauten guten Kontakte zur EU-Kommission wurden auch in diesem Jahr weiter gepflegt und aufgebaut. Die DNR EU-Koordination organisierte je ein Treffen mit Umweltkommissar Potočnik, Energiekommissar Oettinger und Klimakommissarin Hede-gaard sowie diverse Fach-treffen mit der EU-Kommission, Europa-

parlamentarierInnen sowie MitarbeiterInnen von UBA und BMU. Die Lern- und Lobbyfahrt nach Brüssel bildete neben dem Workshop zur Europawahl, den regelmäßigen Strategietreffen zu den Klima- und Energiezielen bis 2030 und einem Lobbyseminar die Höhepunkte des Jahres.

21. Januar 2013: Verbändegespräche mit Klimakommissarin Connie Hedegaard, Umweltkommissar Janez Potočnik sowie mit Jo Leinen (MdEP) (Brüssel)

Die EU-Koordination konnte am 21. Januar Termine mit Klimakommissarin Hedegaard, Umweltkommissar Janez Potočnik, seinem Vizekabinettschef Matjaž Malgaj und Werner Bosmans (GD Umwelt) sowie Jo Leinen (MdEP SPD) initiieren. Von der deutschen Verbandsseite waren, abgesehen vom DNR-Präsident Hartmut Vogtmann und den Mitarbeiterinnen der DNR EU-Koordination, Vertreter von Germanwatch, den Naturfreunden Deutschland, der Klima-Allianz und des Forum Umwelt und Entwicklung sowie je ein Mitarbeiter vom Climate Action Network (CAN) und von Friend of the Earth Europe dabei. Auf der Agenda standen neben dem 7. UAP und dem Budget auch Ressourceneffizienz, die Klima- und Energieziele bis 2030, das Jahr der Luft, Backloading im Emissionshandel, die Gemeinsame Agrarpolitik und die Strategie zur Anpassung an den Klimawandel. Leider war Klimakommissarin Hedegaard an dem Tag kurzfristig erkrankt. Stattdessen fand das Treffen mit Anne Bergenfelt und Jürgen Müller aus ihrem Kabinett statt. Kommissar Janez Potočnik und sein Vize-Kabinettschef Matjaž Malgaj betonten, wie wichtig ihnen die regelmäßigen Treffen mit den deutschen Verbänden seien.

Bei einem Vorbereitungs- und Vernetzungstreffen am Vorabend hatten die Teilneh-

merInnen zudem die Möglichkeit, sich mit KollegInnen vom Europäischen Umweltbüro und Carbon Market Watch auszutauschen.

31. Januar 2013: Termin Kanzleramt zum nächsten EU-Budget (Berlin)

Die DNR EU-Koordination hat im November und Dezember 2012 zwei Briefe an die Bundeskanzlerin Angela Merkel (sowie zur Kenntnis an beteiligte FachministerInnen) und den Präsidenten des Europäischen Parlaments zum neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) geschrieben. Die darin enthaltenden Argumente für einen konsequenten „Better spending“ Ansatz hat das Kanzleramt so sehr überzeugt, dass es einem Termin mit den deutschen Umweltverbänden Ende Januar vor den entscheidenden Verhandlungen am 8. Februar 2013 auf Abteilungsleiterebene zustimmte und in Folge des Treffens einen regelmäßigen Austausch mit den Umweltverbänden anregte.

31. Januar 2013: Vernetzungstreffen deutsche EEB-Mitglieder (Berlin)

Die Leitung der DNR EU-Koordination stellt traditionsgemäß das deutsche Präsidiumsmitglied im Präsidium des Europäischen Umweltbüros (EEB). In dieser Funktion organisierte die EU-Koordination am 31. Januar ein Vernetzungstreffen zwischen dem Generalsekretär des EEB, Jeremy Wates, und EEB-Politikdirektor Pieter de Pous und den deutschen EEB-Mitgliedsverbänden. Dabei ging es um den Aufbau und die Arbeit des EEB, die Schwerpunkte der irischen Ratspräsidentschaft und aktuelle Verhandlungen zum 7. UAP, Stand der Bodenrahmenrichtlinie, der Richtlinie über prioritäre Stoffe, Biokraftstoffe, CO₂-Ausstoß von Autos, F-Gase, die Gemeinsame Agrarpolitik, den Mehrjährigen Finanzrahmen sowie die Richtlinie zum Zugang

zu Gerichten. Dar-über hinaus diskutierten die deutschen EEB-Mitgliedsverbände, wie sie ihre Zusammenarbeit mit dem EEB verbessern können.

11./12. Februar 2013: Gespräch mit Umweltminister Phil Hogan im Rahmen eines EEB-Seminars zum 7. UAP (Dublin)

Im Rahmen der EEB-Präsidiumssitzung in Dublin hatte das EEB-Präsidium die Möglichkeit, bei einem Treffen mit dem irischen Umweltminister Phil Hogan verschiedene Punkte bei der irischen Ratspräsidentschaft anzubringen. Den Punkt zum 7. UAP übernahm Bjela Vossen. Darüber hinaus moderierte sie die Abschluss-session des EEB-Workshops zum 7. UAP und fasste die Action Points zusammen.

18. Februar und 18. März 2013: Lobbygespräche zum 7. UAP im EU-Parlament (Brüssel)

Die EU-Koordination organisierte Verbändetreffen mit relevanten Abgeordneten bzw. ihren zuständigen MitarbeiterInnen für das 7. UAP aus verschiedenen Fraktionen. Von Verbändeseite waren neben einer Vertreterin des DNR auch Mitarbeiterinnen von Green Budget Europe, Friends of the Earth Europe und der Gesundheits- und Umweltallianz HEAL vertreten. Ziel der Treffen war, die Bericht-erstatte des Europäischen Parlaments mit Informationen und Positionen der Umweltverbände zum 7. UAP zu versorgen. Boden und Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten waren zentrale Konfliktpunkte im Europäischen Parlament, insbesondere bei der EVP. Aus diesem Grund koordinierten die Projektmitarbeiterinnen im Februar einen gemeinsamen Brief von DNR und dem Bundesverband Boden zur Inte-

gration von Boden in das 7. UAP an den Berichterstatter.

25. Februar 2013: EU-politischer Umweltimpuls 7. UAP (Berlin)

Beim EU-politischen Umweltimpuls zum 7. UAP diskutierten die knapp 20 TeilnehmerInnen über die nächsten Schritte für ein starkes 7. UAP. Antje Mensen stellte den Entwurf der Kommission vor und griff einige Kritikpunkte heraus, Julia Werner (Bundesumweltministerium, Europareferat) stellte den Diskussionsstand im Rat und die geplanten Verhandlungsschritte im Trilog vor. Linda Kalcher (Mitarbeiterin von Jo Leinen, Schattenberichterstatter für S&D im EU-Parlament) erläuterte den Diskussionsstand zwischen Berichterstatter Gaston Franco (EVP, Frankreich) und den Schattenberichterstattern im EU-Parlament. Christian Hey (Sachverständigenrat für Umweltfragen) beleuchtete das 7. UAP im Lichte ökologischer Belastbarkeitsgrenzen des Planeten. Die Diskussionsergebnisse flossen in einen Verbändebrief an Umweltminister Altmaier ein, der fünf Kernforderungen zum 7. UAP zusammenfasste. Der von der EU-Koordination koordinierte Brief wurde von 22 Verbänden mitgezeichnet.

18. März 2013: Treffen mit Matthias Groote (MdEP, Vorsitzender des Umweltausschuss) Brüssel

Die Mitarbeiterinnen der EU-Koordination organisierten ein Verbändetreffen mit dem Vorsitzenden des Umweltausschusses im EU-Parlament Matthias Groote. Neben einer Mitarbeiterin der EU-Koordination nahmen Vertreterinnen von HEAL, Green Budget Europe und Germanwatch an dem Termin teil. Sie tauschten sich mit Matthias Groote zum 7. UAP, dem Stand der Verhandlungen von GAP

und Haushalt, Backloading im Emissionshandel, Klima- und Energieziele und institutionelle Prozesse aus. Matthias Groote zeigte sich offen für eine weitere Zusammenarbeit mit den deutschen Umweltverbänden.

19.-21. März 2013: Lern- und Lobbyfahrt nach Brüssel

Die Lern- und Lobbyfahrt stellte einen Höhepunkt des Jahres dar. 25 MitarbeiterInnen aus Natur-, Arten- Bioland- und Umweltschutzverbänden sowie Landwirtschaftskampagnen nahmen an einem umfangreichen Programm mit Gesprächsterminen bei Kommission, Rat und EU-Abgeordneten (Michael Cramer, Sabine Wils, Peter Liese, Jutta Haug, Martin Häusling und Elisabeth Schroedter) sowie der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen teil. Außerdem stand die Vernetzung mit Brüsseler NGO-MitarbeiterInnen auf der Agenda der Fahrt. Die durchweg positive und begeisterte Rückmeldung der TeilnehmerInnen bestärkte die EU-Koordination in ihrer Ansicht, dass die Fahrten einen wirklichen Beitrag zum Empowerment der deutschen Verbände in EU-Prozessen leisten. Die EU-Koordination nutzte die Termine für Lobbygespräche zum 7. UAP, Backloading, Bodenschutz und den Klima- und Energiezielen für 2030. Zu Letzteren koordinierte die EU-Koordination im Rahmen der Fahrt ein Treffen auf Abteilungsleiterenebene mit der Generaldirektion Energie, an dem VertreterInnen von DUH, Germanwatch, Green Budget Europe und co2-online teilnahmen.

19. April 2013: Vernetzungstreffen zu EU-Klima- und Energiezielen 2030

Um ein besseres Bild davon zu geben, was in den Ministerien derzeit bezüglich der

langfristigen Klimapolitik diskutiert wird, organisierten die Mitarbeiterinnen der EU-Koordination einen Austausch mit Simon Marr (BMU) und den Energie- und Klimareferenten der deutschen Umweltverbände. Auch debattierten die TeilnehmerInnen über das gerade veröffentlichte Grünbuch „A 2030 framework for climate and energy policies“ und die anstehenden EU-Prozesse.

22. Mai und 27. September 2013: Lobbyworkshops

Die zielgerichtete Interessenvertretung, das sogenannte „Lobbying“, spielt im Politikbetrieb eine zunehmend wichtige Rolle. Auch in der Europäischen Union gehört Lobbyarbeit zum alltäglichen Handwerk. Doch wo werden wichtige Entscheidungen getroffen und wie kann man sich als einer von wenigen Umweltvertretern gegenüber den vielen Industrielobbyisten in Brüssel Gehör verschaffen? Wie gelingt es, Anliegen überzeugend gegenüber Entscheidungsträgern zu vertreten? Diese und weitere Fragen wurden auf dem Workshop „Lobbyarbeit zwischen Brüssel und Berlin“ vermittelt. Es wurden gemeinsam mit den Trainerinnen in Diskussionen und praktischen Übungen unsere bisherigen Erfahrungen reflektiert und die wichtigsten Voraussetzungen und Kompetenzen für eine erfolgreiche EU-Lobbyarbeit erarbeitet. Der Workshop war mit 23 TeilnehmerInnen ausgebucht und wurde in kleinerem Rahmen für den BUND Arbeitskreis Internationales im September wiederholt. Von den TeilnehmerInnen gab es beide Male rundum sehr positives Feedback.

14. Mai 2013: EU-Effizienz-AG und Verbändegespräch mit dem BMU

Im Rahmen des Engagements für Energieeffizienz, einem Teilbereich der Ressourcen-

effizienz, rief die EU-Koordination die Berliner Effizienz-AG aus Umwelt- und Verbraucherverbänden, Gewerkschaften, Unternehmen und Think Tanks wieder ins Leben, um eine ambitionierte Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie und ein verbindliches Energieeffizienzziel in der Klima- und Energiepolitik für 2030 zu erreichen. Die AG traf sich von Februar bis Mai dreimal. Weiter fanden vom DNR initiierte Verbändegespräche mit dem BMU statt. Die EU-Koordination begleitete die Übermittlung eines Energie-sparziels im Rahmen der EU-Energieeffizienzrichtlinie nach Brüssel sowie die Nationalen Reformprogramme im Rahmen des Europäischen Semesters.

27. Mai 2013: Verbändetreffen Hedegaard in Berlin

Zusammen mit neun Verbänden traf sich die EU-Koordination am 27.05. mit EU-Kommissarin Hedegaard und zwei Mitarbeitern aus ihrem Kabinett in Berlin, um für ein Ziel für Energieeffizienz in 2030 und eine Reparatur des Emissionshandels einzutreten. Darüber hinaus standen die internationalen Klimaverhandlungen, der Emissionshandel und Backloading auf der Agenda des vom DNR koordinierten Termins.

21. Juni 2013: Locom Akademie Akademische Akademie Berufsschüler Ressourcen

Um junge Menschen für die EU und Umweltpolitik zu sensibilisieren, hielt eine Mitarbeiterin der EU-Koordination einen Vortrag zu EU und Ressourcenschonung vor rund 25 OberstufenschülerInnen eines beruflichen Gymnasiums mit technischem Schwerpunkt. Die SchülerInnen zeigten sich interessiert an den politischen Dimensionen des Themas Ressourcen und auch die Informationen zu den im Mai 2014

stattfindenden Europawahlen wurden positiv aufgenommen.

27. Mai 2013: Treffen Minister Litauen in Vilnius

Das EEB-Präsidium hatte die Möglichkeit, mit dem litauischen Umweltminister Valentinas Mazuronis über die in der litauischen Ratspräsidentschaft (2. Halbjahr 2013) anstehenden Umweltthemen zu sprechen.

01. Juli 2013: Verbändetreffen mit Energiekommissar Oettinger in Berlin

An dem von der DNR EU-Koordination organisierten Termin mit Energiekommissar Oettinger in Berlin nahmen 10 TeilnehmerInnen aus neun Verbänden teil. Auf der Agenda standen die Klima- und Energieziele bis 2030, die Vereinbarkeit der Energiewende mit der EU-Politik, die EEG-Beihilferegulungen, der Netzausbau und die Prüfung der Prioritätenlisten. In einem Follow-Up-Brief verschriftlichen die deutschen Verbände nochmal ihre Forderungen gegenüber dem Kommissar.

04. Juli 2013: NABU-Verbändetreffen Ressourcen

Auf einem Verbändetreffen des NABU zu Ressourceneffizienz gab die EU-Koordination einen Input und eine Bewertung zu den EU-Prozessen und Gesetzen unter EU-Kommissar Potočnik. Auf dem Workshop wurde ein gemeinsamer Verbändebrief an Bundesminister Altmaier abgestimmt, um frischen Wind in die Debatte um Ressourceneffizienz zu tragen.

28. Oktober 2013: Veranstaltung auf der Global Soil Week gemeinsam mit EEB, PM und einer weiteren PM zu den Verhandlungen

Gemeinsam mit dem Europäischen Umweltbüro und weiteren Kooperationspartnern organisierte die EU-Koordination einen Workshop auf der internationalen Bodenschutzkonferenz Global Soil Week in Berlin. Die Veranstaltung bestand aus zwei Vorträgen – einem naturwissenschaftlichen Referat zu den Herausforderungen im europäischen Bodenschutz und einem Input zum Verhandlungsstand zur europäischen Bodenpolitik – sowie einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Bundesregierung, der EU-Kommission und Umweltverbänden sowie einer Wissenschaftlerin, die von einer Mitarbeiterin der EU-Koordination moderiert wurde. Schwerpunkt der Debatte war die andauernde Blockade der EU-Bodenschutzrichtlinie durch die deutsche Bundesregierung.

18. Oktober 2013: Treffen mit Marc Jütten, Kabinett Martin Schulz zu TTIP in Brüssel

Die DNR EU-Koordination organisierte ein Deutsch-Österreichisches Verbändegespräch mit Marc Jütten zum Investitions- und Partnerschaftsabkommen EU-USA (TTIP). Marc Jütten ist im Kabinett vom Parlamentspräsidenten Martin Schulz zuständig für internationalen Handel und Außenbeziehungen.

29. November 2013: Verbändeworkshop zu Europawahlen 2014 aus Umweltsicht - Chancen und Risiken

Damit Umweltverbände aus Deutschland mit gemeinsamen Forderungen in den Europawahlkampf ziehen, haben sich Ende November auf Einladung der DNR EU-Koordination etwa 35 VertreterInnen der deutschen Umwelt-NGOs getroffen und

Positionen und Aktionen diskutiert. Der Grünen-Europaabgeordnete Michael Cramer betonte in seinem Input an die deutschen Umweltverbände die Wichtigkeit der anstehenden Wahlen. Gleichzeitig warnte er aber auch vor Rechtspopulisten und Euroskeptikern, die angesichts der Euro- und Wirtschaftskrise derzeit starken Zulauf haben. Zusammen mit den deutschen Umweltverbänden will die EU-Koordination des DNR dagegen halten. Ja zu Europa, nein zu Umweltzerstörung und Deregulierung – das ist die eindeutige Botschaft. Mit einem Positionspapier mit vier Kernforderungen und einer Vision für die Zukunft Europas wollen die deutschen Umweltverbände nachhaltige Landwirtschaft, das Investitions- und Partnerschaftsabkommen EU-USA (TTIP) und die Europäische Klima- und Energiepolitik zum Wahlkampfthema machen.

10. Dezember 2013: EU-Fonds für die Umwelt (EMCRA)

20 MitarbeiterInnen von 19 verschiedenen Umweltverbänden bildeten sich auf einem eintägigen Seminar, das die EU-Koordination in Kooperation mit der emcra GmbH durchführte, zu den Fördermöglichkeiten für deutsche Umweltverbände in der neuen EU-Finanzperiode weiter. Die TeilnehmerInnen lernten Neuerungen in den großen Förderöpfen wie LIFE und der Strukturpolitik kennen und wurden auf Möglichkeiten für Förderprojekte in Fonds aufmerksam gemacht, die erst auf den zweiten Blick für Umweltverbände relevant erscheinen. Dass gerade diese oftmals kleineren und niederschwelligeren Projekte unter Erasmus+ ein guter Einstieg in die Arbeit mit EU-Fördermitteln sind, zeigten zwei Referentinnen den TeilnehmerInnen auf. Abschließend wurden wichtige Tipps zur Antragsstellung gegeben und die Fördermöglichkeiten anhand

von Beispielen aus dem Natur- und Umweltschutz verdeutlicht.

Fünf Strategietreffen und Expertenworkshops 2030

Unter Beteiligung von Experten aus Regierung und Wissenschaft organisierte der DNR 2013 eine Reihe von Strategietreffen für die deutschen Verbände zum Energie- und Klimapakete 2030. Die Treffen dienten der Vernetzung und Absprache gemeinsamer Aktivitäten, etwa zu den Koalitionsverhandlungen. Bei einem Expertenworkshop mit Wolfgang Eichhammer vom Fraunhofer Institut klärten 20 TeilnehmerInnen aus NGOs die Interaktion von Energieeffizienz mit dem Ziel für Treibhausgase und Energien. Ferner kooperierte der DNR mit der Klima-Allianz und Brot für die Welt bei einem Workshop, um Akteure aus dem kirchlichen und entwicklungspolitischen Spektrum stärker an der Debatte zu beteiligen.

Vernetzungs-, Lobby- und Presseaktivitäten

Eine zentrale Aufgabe der EU-Koordination ist die Schnittstellenfunktion zwischen Brüssel und Berlin. Dabei kommt der Aufarbeitung der Informationen in Form von Newslettern und Publikationen eine Hauptrolle zu. Schwerpunktmäßig wurden Informationen zur langfristigen EU-Umweltpolitik (Energie- und Klimaziele bis 2030, 7. UAP und Mehrjähriger Finanzrahmen bis 2020) aufbereitet (Zeitpläne, Inhalte, Positionen, Kontakte).

In allen Projekten kamen mit der Netzwerkarbeit und der konkreten Lobbyarbeit zwei weitere Aspekte von großer Bedeutung hinzu. Die Lobbyarbeit bestand v.a. aus folgenden Elementen:

- Highlevel-Gespräche mit EU-Kommissaren Oettinger, Potočnik und Hedegaard und Gespräche mit Mitarbeitern der Generaldirektionen
- Kontakte mit Europa-Abgeordneten unterschiedlicher Parteien und Ausschüsse wie Jo Leinen (SPD), Michael Cramer (Die Grünen), Peter Liese (CDU), Sabine Wils (Die Linke), Martin Häusling (Die Grünen), Jutta Haug (SPD), Elisabeth Schroedter (SPD) und Matthias Groote (SPD)
- Kontakte mit Bundestagsabgeordneten und Energiereferenten der Parteien im Rahmend der Koalitionsverhandlungen zu EU-Energie- und Klimazielen für 2030
- Vernetzungs- und Lobbyarbeit gemeinsam mit Mitgliedsverbänden sowie weiteren Interessierten aus Deutschland und Brüssel
- Gemeinsame Briefe an die Bundesregierung sowie die Institutionen in Brüssel mit Partnern aus Deutschland und der EU
- Gemeinsame Presseerklärungen, die mit verschiedenen Umweltverbänden abgestimmt wurden
- Unterstützung der Lobbyaktivitäten von Mitgliedsverbänden des DNR etwa in Form von telefonischer Beratung, Kontaktvermittlung oder schriftlicher Überarbeitung von Texten
- Teilnahme an den Konsultationen zu den Energie- und Klimazielen 2030, zum Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, zur Revision der Thematischen Strategie zur

Luftverschmutzung, zu Umweltinspektionen, zu den Voraussetzungen für die neuen ETS-Bestimmungen

- Unterstützung der Brüsseler Netzwerke in ihrer Arbeit zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Vorbereitung auf die Plenarabstimmung im Europäischen Parlament

Ferner begleitete die EU-Koordination die Themenschwerpunkte mit mehreren Briefen zum Ressourcenschutz, Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), Bodenschutz und Energie- und Klimazielen an Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesumweltminister Altmaier, Energiekommissar Oettinger, den Parlamentspräsidenten Martin Schulz.

Publikationen

2013 erarbeitet die EU-Koordination folgende Publikation:

Printpublikationen

Themenheft I/2013: „Ressource: Abfall. Auf dem Weg in die Kreislaufwirtschaft“

Ein nachhaltiger Umgang mit Abfall gewinnt angesichts zunehmender Ressourcenknappheit an Bedeutung. Schließlich hat auch EU-Umweltkommissar Janez Potočnik das Jahr 2014 zum Jahr des Abfalls erklärt. Doch auch schon 2013 stehen abfallpolitisch relevante Projekte auf der Agenda. So sind die EU-Mitgliedstaaten zum Beispiel verpflichtet, bis Ende 2013 Abfallvermeidungsprogramme zu erstellen. Das Themenheft wirft daher einen Blick auf die politischen Aktivitäten auf nationaler und europäischer Ebene und stellt abfallvermeidende und ressourcenschonende Ansätze vor.

www.eu-koordination.de/PDF/2013-1-abfall.pdf

„umwelt-aktuell-Spezial zur EU-Krise und deren Auswirkung auf die Umwelt-politik

Die Europäische Union befindet sich in einer fundamentalen Krise. Sparen heißt das Zauberwort, mit dem die politischen Akteure und Akteurinnen in Europa der ökonomischen und damit auch sozialen und ökologischen Krise begegnen. Geholfen hat es Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft bisher nicht viel. Gleichzeitig steht die Europäische Union vor der Herausforderung, die Energiewende und die Agrarwende umzusetzen und das Verkehrssystem zu transformieren. Vier Autorinnen und Autoren und eine Interviewpartnerin beschreiben die Situation in der EU aus ihrer Perspektive. Veronica Nilsson beschäftigt sich in ihrem Artikel mit dem gewerkschaftlichen Standpunkt. Rebecca Harms schildert im Interview, wo ihrer Auffassung nach angesetzt werden muss, damit die EU in Zukunft krisenfester wird. Am Beispiel Griechenland macht Gerassimos Arapis deutlich, was die Eurokrise für die Umwelt seines Landes bedeutet. Constanze Adolf betont die positive Wirkung von Umweltpolitik auf die Gesellschaft. Tazio Müller und Alexis Passadakis schließlich nehmen die Rolle der Umweltbewegung in der Krise unter die Lupe.

www.eu-koordination.de/PDF/ua2013-12-spezial.pdf

umwelt aktuell

Der monatliche Informationsdienst umwelt aktuell (siehe auch im Abschnitt „Redaktionsbüro“) wurde intensiv genutzt, um europapolitische Umweltthemen – insbesondere mit dem Schwerpunkt Ressourcen und langfristige

EU-Umweltpolitik – in komprimierter und gut verständlicher Form zu vermitteln.

Onlinepublikationen

Nur online unter www.eu-koordination.de/publikationen/themenhefte sind zu finden:

DNR-Themenheft II/2013: „Player und Prozesse der Klima- und Energiepolitik“

Mit diesem Themenheft will der DNR einen nutzerfreundlichen Überblick über die Gesetzgebung in den Bereichen Klima und Energie auf EU-Ebene geben. In praktischen und kompakten Steckbriefen sind alle relevanten Verordnungen und Richtlinien zusammengefasst. Außerdem stellt das Themenheft die wichtigsten politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure vor. Aufgrund der großen Vielzahl von Menschen und Organisationen, die zu dem Thema arbeiten, ist die Übersicht auf eine Auswahl von relevanten Akteuren beschränkt. Dieses Themenheft soll auch dazu beitragen, mehr Transparenz über Prozesse und Player in diesem Politikfeld zu schaffen.

www.eu-koordination.de/PDF/2013-11-20-themenheft_klimaenergiepolitik

Steckbriefe

Das ebenfalls elektronische Format „DNR-Steckbrief“ dient niedrigschwellig der übersichtlichen Zusammenfassung von neuen Instrumenten, Strategien oder Gesetzesprozessen. 2013 wurden folgende Steckbriefe zu den Langfriststrategien der Kommission fertig gestellt bzw. aktualisiert:

- TTIP – Die Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen EU und USA: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ttip.pdf

- Die Europawahl 2014: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-europawahl.pdf
- Ergebnisse der Verhandlungen zum Mehr-jährigen Finanzrahmen: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-mfr-ergebnisse.pdf
- Ergebnisse der LIFE-Reform <http://www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-life-ergebnisse.pdf>
- Ergebnisse der EU-Agrarreform www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ergebnisse-der-gap-reform.pdf
- Ergebnisse Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-gfp-ergebnisse.pdf
- Gesetzgebung in der EU - Das Ordentliche Verfahren www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief_ordentliches-verfahren.pdf
- Strategiepapier zur Anpassung an den Klimawandel www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-anpassung-2013.pdf

Factsheets

Factsheets fassen auf zwei Seiten die Prozesse zu einem Gesetzgebungsverfahren zusammen. Dabei werden die unterschiedlichen Positionen von Rat, Kommission und Parlament dargestellt.

- Biokraftstoffe www.eu-koordination.de/PDF/factsheet-biokraftstoffe.pdf
- 7. EU-UAP www.eu-koordination.de/PDF/factsheet-7uap.pdf

Newsletter zur EU-Umweltpolitik

Wöchentlich (jeweils donnerstags) verschickt die DNR EU-Koordination einen kostenlosen elektronischen Newsletter zur EU-Umweltpolitik. Dieser übersichtlich gestaltete Informationsservice bietet den LeserInnen einen aktuellen Überblick über die wichtigsten europäischen Umweltthemen der laufenden Woche. Der Kreis der AbonnentInnen steigt nach wie vor stetig an und umfasst mittlerweile über 2.500 AbonnentInnen aus sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen. Er beinhaltet auch Termine, eine monatliche Vorausschau sowie Vorausschauen auf anstehende Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments und Umweltministerräte und Hinweise auf laufende Konsultationen. Der Newsletter ist zu beziehen über die Seite www.eu-koordination.de.

Homepage www.eu-koordination.de

Auf dem Portal zur Europäischen Umweltpolitik www.eu-koordination.de finden Sie auch in diesem Jahr an zentraler Stelle die Umweltnews, die den unterschiedlichen Politikfeldern zugeordnet sind. Bereits die Startseite gibt einen Überblick über EU-Termine und laufende Konsultationen. Auch in diesem Jahr wurde die Seite kontinuierlich aktualisiert. Sie enthält neben den aktuellen Meldungen über EU-Umwelt- und Naturschutzpolitik weiterführende Adressen und Links, Grundsatzinformationen über Institutionen und Gesetzgebung der EU, AnsprechpartnerInnen im EU-Parlament und bei Brüsseler Verbänden sowie ExpertInnen der Mitgliedsverbände.

Der Seite wurde dieses Jahr ein Schwerpunkt zur Europawahl zugefügt und die Schwerpunkte zum 7. UAP und zum mehr-jährigen Finanzrahmen aktualisiert.

Homepage www.umweltcheck-euoparl.de

Mit der Internetseite „Umweltcheck“ verbindet die DNR EU-Koordination die 99 EU-ParlamentarierInnen mit den Umwelt-NGOs in ihrer deutschen Stadt. Damit ist die Kontaktaufnahme zwischen den lokalen und den europäischen Akteuren einfach. Wer in Brüssel über wichtige Umweltgesetze abstimmen darf, ist auch der Zivilgesellschaft vor Ort verpflichtet. Auf www.umweltcheck-euoparl.de sind alle deutschen EU-ParlamentarierInnen der Legislaturperiode 2009 - 2014 nach ihrer Fraktion, nach Ausschusstätigkeiten und nach dem Bundesland, für das sie zuständig sind, sortiert. Die Umwelt-NGOs in den Heimatstädten der EU-ParlamentarierInnen sind über den Button "NGOs vor Ort" auswählbar oder direkt auf der Seite jedes und jeder Abgeordneten zu finden. Auch die Landesverbände aller Bundesländer sind aufgelistet.

Forum Umwelt & Entwicklung

Neben der Arbeit der Arbeitsgruppen waren zentrale Arbeitsschwerpunkte von Leitungskreis und Geschäftsstelle des Forums im Berichtszeitraum Biodiversität, nachhaltige Bioenergie und die Sekretariatsrolle für die Klima-Allianz und die Kampagne »Meine Landwirtschaft«, insbesondere der Rio+20-Prozess, TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), Dialogplattform Wald.

Projektbericht 2013: Internationale NGO-Vernetzung zum Thema Handel und Umwelt und fachliche Begleitung aktueller Freihandels-Verhandlungen

Zum geplanten Freihandelsabkommen EU-USA, genannt Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) hat sich nach dem »Handelspolitischen Ratschlag« vom 25. April 2013 ein aktionsfähiges Bündnis herauskristallisiert, das von der Forums-Geschäftsstelle locker koordiniert wird. Ein gemeinsamer Aufruf von 22 Organisationen wurde am 17. Juni bei einer Pressekonferenz vorgestellt, und am 18. Juni fand anlässlich des Obama-Besuchs in Berlin ein Aktionstag mit der Öffnung eines vier Meter hohen Trojanischen Pferdes vor dem Europäischen Haus statt. Die Bilder wurden in tagesschau und heute-journal ausgestrahlt und fanden beachtliche Resonanz.

Am 6. September fand in Fulda ein weiteres sehr gut besuchtes Aktionstreffen statt, bei dem das weitere gemeinsame Vorgehen besprochen wurde. Seitens der Forums-Geschäftsstelle hat das Bündnis vielversprechende Kontakte auch zu Akteuren hergestellt, die bisher nicht oder nur am Rande beteiligt waren, wie etwa Deutscher Kulturrat oder die digitale Szene aus der Anti-ACTA-Bewegung.

Es war absehbar, dass man bei einer Intensivierung der Aktivitäten dieses Bündnisses bald an die Grenzen der Personalkapazitäten stoßen würde. Am 1. November 2013 hat daher unser neues, vom BMU gefördertes, Projekt zu Handel & Umwelt begonnen, in dessen Rahmen Alessa Hartmann mit einer 50%-Stelle tätig ist. Ein zivilgesellschaftliches Außenwirtschaftsforum am 14. Oktober war der Startschuss für diese Veranstaltungsreihe, der wir 2014 und 2015 eine Reihe weiterer

solcher Foren folgen lassen werden. Außerdem wurde eine Überblicksbroschüre zu TTIP erarbeitet.

Das Bündnis UnFairHandelbar zum geplanten Freihandelsabkommen EU-USA (TTIP) hat sich am 6. Dezember in Hannover erneut getroffen; Vorbereitung und Leitung der Sitzung lagen, ebenso wie die Koordination des Bündnisses insgesamt, bei der Geschäftsstelle des Forums. Das Bündnis verbreitert sich weiterhin mit zusätzlichen Unterstützerorganisationen (mittlerweile 33). Die Bündnis-Website www.ttip-unfairhandelbar.de ist mittlerweile online und wird von Alessa Hartmann verantwortlich betreut. Das Positionspapier des Bündnisses soll in einer zweiten Auflage mit erweitertem Unterstützerkreis Anfang 2014 erneut vorgestellt werden.

Die MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle nehmen außerdem an einer Vielzahl von Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen zu TTIP teil.

Vom 11. bis 13. Dezember 2013 fand in Brüssel ein europaweites Vernetzungstreffen zu TTIP statt, an dem Jürgen Maier und Alessa Hartmann sowie der Koordinator der AG Handel, Peter Fuchs teilnahmen. Die EU-Koordination wird künftig auch für UnFairHandelbar zunehmend wichtig, und als eines der am besten aufgestellten Bündnisse werde man hier ebenfalls Aufgaben übernehmen müssen.

Rio + 20

„Rio+20-Vorbereitung – Themenfokus Green Economy und Biologische Vielfalt“

Das UBA-Projekt fokussierte sich inhaltlich bis zum Rio-Gipfel auf die Auseinandersetzung mit der „Green Economy“, und danach mit der Debatte um die Weiterführung der Millenniumentwicklungsziele (MDGs) sowie der Schaffung der Sustainable Development Goals (SDGs), basierend auf der Entscheidung des Rio+20-Gipfels. Die beiden letztgenannten Prozesse fassen sich unter dem Begriff Post-2015-Agenda zusammen.

In Kooperation mit VENRO und dem Forum Menschenrechte wurde am 30. Januar 2013 eine Tagung mit dem Titel „Anforderungen an eine zukunftsfähige Welt: Dialogforum zur Post-2015 Agenda“ in Berlin mit über 90 Personen durchgeführt, die zum Ziel hatte, Grundlinien und Ansatzpunkte für gemeinsame zivilgesellschaftliche Positionen und Anforderungen an einen Post-2015-Zielkatalog zu erarbeiten. Dafür wurde gezielt aus dem ganzen zivilgesellschaftlichen Spektrum eingeladen, von Sozial- und Gewerkschaftsverbänden bis hin zu Menschenrechts- und Friedensbewegungen neben den Entwicklungs- und Umweltverbänden. Neben Inputreferaten zu den unterschiedlichen Perspektiven und einer Podiumsdiskussion, wurden in kleinen Arbeitsgruppen Positionen erarbeitet und intensiv diskutiert.

Am 18. Februar 2013 lud das Forum Umwelt und Entwicklung in Kooperation mit VENRO zu einer internationalen Fachtagung mit dem Titel „Global denken lokal handeln: Nachhaltigkeitsziele für Deutschland“ nach

Berlin ein. Auf der Grundlage von vorangegangenen Diskussionen zum Post-2015-Regelwerk fokussierte diese Veranstaltung auf die Diskussion von nationalen Nachhaltigkeitszielen für Deutschland. Mit über 90 Gästen aus Regierung, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft wurden Ansätze diskutiert, um Deutschland auf den Weg in eine nachhaltige Zukunft zu bringen. Unter Beteiligung von internationalen Experten, wie z.B. Roberto Bissio, Mathis Wackernagel und Jaakko Kooroshi, wurde sichergestellt, dass auch ein Blick von außen auf Deutschland gewagt wurde.

Nach Ablauf der UBA-Fördermittel Ende Februar 2013 wurde das Projekt bis Ende 2013 über Honorarverträge weiterfinanziert. Dadurch konnte das Forum Umwelt und Entwicklung seine besondere Rolle in der Begleitung internationaler Prozesse zum Thema nachhaltige Entwicklung weiterführen. 2013 war dafür ein zentrales Jahr, da sowohl MDGs und SDGs auf der UN-Generalversammlung 2013 in einen Strang zusammengeführt wurden.

Im Sommer 2013 konnte in Zusammenarbeit mit zahlreichen VertreterInnen aus Umwelt- und Entwicklungsverbänden ein Positionspapier mit dem Titel „Die ökologische Dimension in der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung: Eine Positionsbestimmung der deutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände November 2013“ erstellt werden. Dieses fand großen Anklang, da es imstande war, eine Lücke in der Positionsbildung zu den Sustainable Development, insbesondere in Bezug auf die ökologische Dimension dieser Ziele, zu füllen.

Im November 2013 erschien die englische Übersetzung des Positionspapiers, welche in zahlreiche internationale Netzwerke eingespeist wurde und eine große Verbreitung fand. Gleichzeitig konnten die Erkenntnisse und Forderungen des Positionspapiers in zahlreichen zentralen Konsultationsprozessen der UN und der internationalen Zivilgesellschaft genutzt werden.

Des Weiteren wurde regelmäßig ein Newsletter erstellt, der die wichtigen Schritte und Neuerungen des Prozesses wiedergab. Auch dieser stieß auf sehr viel Zuspruch. Zudem wurde im Rundbrief Forum Umwelt und Entwicklung mehrmals durch die Projektmitarbeiterinnen über den Prozess berichtet.

Abschluss Biomasseplattform und Start Dialogplattform Wald

Nachhaltige Bioenergie

Nach sechsjähriger Laufzeit hat die Plattform „Nachhaltige Biomasse“ im April 2013 das Verbändeprojekt Nachhaltige Landnutzung und ressourcenschonende Biomassepolitik abgeschlossen. Viele Umwelt- und Entwicklungsorganisationen hatten die Debatte um Nachwachsende Rohstoffe und Biokraftstoffe mitverfolgt und auch gemeinsam über Positionen und Lösungsstrategien diskutiert und damit die Politik spürbar mit beeinflusst. Gefördert wurde das Projekt durch das Umweltbundesamt.

Während des Projektes wurden zahlreiche gemeinsame Treffen und Fachtagungen organisiert, bei dem sich sowohl die Umwelt- und Entwicklungsverbände als auch Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Agrarverbänden austauschten. Die Erarbeitung von

Positionspapieren und Stellungnahmen war ebenso Teil des Projekts, wie die Erstellung von Kurzstudien und zahlreiche Vorträge und Fachbeiträge zu Themen der Bioenergie- und Biomassepolitik.

Biomasse ist inzwischen eine der wichtigsten erneuerbaren Energiequellen, doch im Fokus der Kritik steht vor allem die Biokraftstoffpolitik. Zwar sind mittlerweile Nachhaltigkeitsverordnungen in Kraft und es haben sich verschiedene Zertifizierungssysteme etabliert. Doch da sowohl wichtige Umweltaspekte wenig Berücksichtigung finden und soziale Kriterien fast völlig unbeachtet bleiben, wird die Kritik so schnell nicht nachlassen.

Der Klimaschutzbeitrag des Biomasseeinsatzes ist heftig umstritten. Biomasse ist erneuerbar, aber nicht unendlich. Sorge bereitet auch die zunehmende Verwendung von Energieholz, das für Knappheit bei Holzverarbeitenden Betrieben sorgt und den Nutzungsdruck auf die Wälder steigert.

Zu viel Geduld zu geringe Erfolge

Die Debatte der letzten Jahre war stets von einer sehr unterschiedlichen Auffassung der beteiligten Verbände geprägt. Akteuren, die etwa der Biokraftstoffpolitik mehr oder weniger wohlwollend gegenüberstanden und sich um die Verbesserung der Anwendung bemühten, standen andere Verbände gegenüber, die eine sofortige Abkehr vom Einsatz des unbeliebten Agrosprits forderten. Beide hatten gute Gründe dafür, denn angesichts der massiven Probleme vor Ort ist heftige Kritik berechtigt. Seitens der Koordination hatten wir es als unsere Aufgabe gesehen, den Dialog zu fördern und den Einsatz von Biokraftstoffen in gewissem Maße als durchaus machbar betrachtet. Dies hat

sicher dazu geführt, dass die Verbände den konstruktiven Austausch mit den Befürwortern dieser Politik gefunden haben und auch dort zur Versachlichung der Debatte beitragen konnten.

Was aber hat es genutzt? Wenig. Im Nachhinein muss man konstatieren, dass unsere Geduld zwar durchaus angebracht, aber wohl doch zu groß war. Zu viele Entscheidungen wurden gegen bessere Standards und gegen eine schonendere Landnutzungspolitik gefällt – von der Klimaschutzpolitik mal ganz abgesehen

Fossile Energieträger auf der Überholspur

Angesichts wachsender Treibhausgasemissionen und der verstärkten Suche nach neuen fossilen Energiequellen muss sich die Politik fragen lassen, wie relevant der Ausbau der Biomassenutzung für den Klimaschutz ist. Denn andere, effektivere Maßnahmen zum Schutz von Weltklima und Naturressourcen, wie eine Verkehrswende oder die Reduktion des Fleischverbrauches werden nicht angepackt. Spätestens seit der Debatte um die Förderung von Schiefergas und die Nutzung neuer Braunkohlevorkommen wird deutlich, dass die Nutzung nachwachsender Rohstoffe lediglich dazu dient, zusätzliche Energie- und Rohstoffmengen für ein nicht-nachhaltiges Wachstumsmodell zu liefern.

Es reicht also nicht aus, sich lediglich mit den Problemen der steigenden Biomassenutzung zu befassen. Es müssen vor allem erheblich größere Anstrengungen unternommen werden, um unseren Energie- und Ressourcenverbrauch zu verringern und den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger einzuleiten.

Dialogplattform Wald

Verbände- und Dialogplattform „Waldbiodiversität lebensraumtypisch erhalten, fördern, entwickeln und vernetzen“ (gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz)

Das Projekt bringt unterschiedliche Akteure an gemeinsamen Veranstaltungen und Diskussionen zusammen. In mehreren Vorgesprächen wurden dazu Vertreter der Forst- und Holzwirtschaft eingeladen, sich am Projekt zu beteiligen. Der Einladung sind alle wichtigen Akteure gefolgt, was sich an der regen Beteiligung von fast 40 Teilnehmern am ersten Workshop im November 2013 zeigte. Unter dem Titel „Wieviel Holz braucht der Wald“ wurden zunächst Gründe für das Belassen von mehr Holz im Wald erörtert. Nährstoffversorgung des Standortes, Biologische Vielfalt und Resilienz des Ökosystems werden dadurch gefördert. Zu Wort kamen aber auch Vertreter von Forst- und Holzwirtschaft, die ihrerseits über die Anforderungen informierten, die der Holzmarkt an eine dauerhafte und möglichst umfangreiche Versorgung mit Holz stellt.

Die Kurzstudie „Der Wald im Widerstreit von Nutzungsinteressen“ gibt eine Übersicht über die erwarteten Auswirkungen wichtiger Nutzungs- und Schutzstrategien auf das Holzaufkommen, die Bewirtschaftung und die biologische Vielfalt der Wälder in Deutschland. Im Ergebnis wurde die Politik aufgefordert, verschiedene Rohstoff- und energiebezogene Strategien besser untereinander abzustimmen, da sie sich in ihren Zielen teilweise widersprechen. Zudem gilt es, Konflikte mit Schutzstrategien (NBS) zu verringern.

Der Dialog wird u.a. von Seiten der Holzwirtschaft begrüßt, denn trotz unterschiedlicher Interessen ist eine gemeinsam geführte

konstruktive Diskussion gerade bei umstrittenen Themen ungemein wichtig. Für die Umweltverbände ergibt sich damit die Möglichkeit, mehr über die Sorgen und Forderungen der Akteure zu erfahren und abseits von Podiumsdiskussionen und Pressegefechten einen konstruktiven Dialog zu pflegen. Zudem gelang es, mit mehreren Beiträgen in Fachmagazinen (Holz-Zentralblatt, Allgemeine Forst-Zeitschrift, Kritischer Agrarbericht) für das Anliegen zu werben, mehr für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und das Belassen ausreichender Mengen an Biotopholz im Wald zu erreichen.

Kampagne „Meine Landwirtschaft“

16. Januar 2013: Presseaktion Bienensterben

Im Vorfeld der Großdemonstration „Wir haben es satt!“ wurde eine Pressebildaktion unter dem Motto „Bienensterben vor dem Kanzleramt“ gemeinsam mit Campact e.V., dem Deutschen Berufs- und Erwerbssimkerbund e.V. und Mellifera e.V. durchgeführt. Etwa 100 ImkerInnen und DemonstrantInnen trafen sich dabei vor dem Bundeskanzleramt. In diesem Rahmen überreichte der Deutsche Berufs- und Erwerbssimkerbund e.V. auch den Negativpreis „Der Schwarze Pinsel“ an Bundeskanzlerin Angela Merkel.

19. Januar 2013: Großdemonstration „Wir haben Agrarindustrie satt!“

Zu Beginn der weltweit größten Landwirtschaftsmesse, der „Internationalen Grünen Woche“ in Berlin, an deren erstem Wochenende der Internationale Agrarministertag stattfindet, haben 25.000 Menschen in der Hauptstadt mit einer Großdemonstration grundsätzliche Reformen

in der Agrarpolitik gefordert. Unter dem Motto „Wir haben es satt! Gutes Essen. Gute Landwirtschaft. Jetzt!“ zogen die TeilnehmerInnen bereits im dritten Jahr in Folge mit Transparenten und Kostümen vom Berliner Hauptbahnhof durch das Regierungsviertel zum Bundeskanzleramt. 70 Traktoren und Imkerfahrzeuge aus dem ganzen Bundesgebiet begleiteten den Protest. Bäuerinnen und Bauern, VerbraucherInnen und ImkerInnen demonstrierten gemeinsam dafür, nicht die Interessen der Industrie in den Mittelpunkt der Politik zu stellen sondern die Interessen von VerbraucherInnen und LandwirtInnen, der Tiere sowie des Natur- und Umweltschutzes. Aufgerufen zu der Demonstration hatte ein breites Bündnis aus über 100 Organisationen, initiiert von der Kampagne „Meine Landwirtschaft“.

Begleitend fand am Vorabend der Demonstration zum zweiten Mal eine „Schnippeldisko“ statt, organisiert vom Slow Food Youth Network, Wir haben es satt! und der Markthalle Neun. Begleitet von DJs wurde bei dieser Aktion gegen Lebensmittelverschwendung von Hunderten, überwiegend jungen Leuten, das warme Essen für den Demo-Tag geschnippelt und vorbereitet.

Am Demonstrationstag fand dann das inzwischen traditionelle Bauernfrühstück in der Markthalle Neun statt. Nach der Abschlusskundgebung konnten sich die TeilnehmerInnen in der Heinrich Böll-Stiftung bei heißem Essen und Getränken wieder aufwärmen und einem vielfältigen und bunten agrarpolitischen Programm lauschen: Nach allgemeinen Informationen zum aktuellen Stand der EU-Agrarreform stellten sich dort über 25 Initiativen und Aktive aus Deutschland, Europa und Übersee vor und berichteten über ihre Erfolge und Kampagnen,

von ihren Demonstrationen und Aktionen mit Fotos, Videos und Präsentationen.

22. Februar 2013: Aktion beim Agrarministertreffen

Zum Agrarministertreffen in Berlin am 22. Februar kamen über 60 als Gemüse und Tiere verkleidete DemonstrantInnen und forderten eine ökologischere und gerechtere EU-Agrarpolitik. Ministerin Ulrike Höfken (Rheinland-Pfalz), Ministerialdirektor Wolfgang Reimers (Baden-Württemberg), Minister Till Backhaus (Mecklenburg-Vorpommern) und Staatssekretär Udo Paschedag (Niedersachsen) versprachen den TeilnehmerInnen Unterstützung.

Diese Aktion war im ursprünglichen Konzept noch nicht eingeplant, sondern wurde entsprechend der politischen Entwicklungen im Zuge der GAP-Reform hinzugenommen.

Herbst 2012 – März 2013: EU-Abgeordnetencheck / Go M.A.D.!

Im Vorfeld der ersten Abstimmung des EU-Parlaments zur EU-Agrarreform am 13. März wurden seit Herbst 2012 EU-Abgeordnete (MdEPs) direkt und persönlich angesprochen und aufgefordert, für den mehrheitlichen Wählerwillen nach einer ökologischeren und gerechteren Agrarpolitik einzutreten. Beim „EU-Abgeordneten-Check“ wurden zahlreiche Treffen zwischen engagierten Verbänden, BürgerInnen und vielen Abgeordneten organisiert. Mit einem Brief an alle 99 deutschen MdEPs, Regionalkonferenzen zur Vorbereitung lokaler Treffen und schließlich Gesprächen und öffentlichen Diskussionen mit fast 40 MdEPs, konnte eine Stellungnahme von 75 der 99 deutschen Abgeordneten zur GAP erreicht werden, was u.a. auf einer EU-Abgeordneten-Karte auf der Homepage

(www.meine-landwirtschaft.de) und über einen Nachrichtenticker dokumentiert wurde.

In den letzten zwei Monaten vor der Abstimmung wurde die Aktion dann erweitert und lief zusammen mit der Kampagne Go M.A.D.! (für „Go Meet A Deputy!“ – „Treffen deinen Abgeordneten!“) von ARC2020, die europaweit BürgerInnen mit ihren Abgeordneten für ein teils per Video dokumentiertes Gespräch zur GAP zusammenbrachte.

12./13. März: Aktionstage in Straßburg

Während die EU-Abgeordneten am 12. März für ihre letzte Debatte zur Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) im Europäischen Parlament in Straßburg zusammenkamen, versammelten sich hunderte LandwirtInnen und VerbraucherInnen aus 12 EU-Staaten in farbenfrohen Kostümen vor dem Parlamentsgebäude um mit Aktionen zu einer ökologischeren und gerechteren GAP aufzurufen. Anschließend gab es eine Schnippeldisko, heiße Suppe, Redebeiträge (u.a. von MdEPs) und abschließend eine bunte Menschenkette vor dem Parlament. Am 13. März, dem Tag der Abstimmung, forderten zahlreiche BürgerInnen vor dem Parlamentsgebäude von einem Boot aus mit Bannern und Sprechchören für eine ökologischere und gerechte Reform der GAP zu stimmen.

13. Juli 2013: „Mir hams satt!“-Demo in München

Zur ersten bayerischen Großdemonstration gegen Agrarindustrie und Flächenverbrauch versammelten sich am 13. Juli 2013 rund 8.000 Menschen in München. Unter dem Motto „Mir hams satt!“ demonstrierten BäuerInnen, VerbraucherInnen, UmweltschützerInnen und ImkerInnen für eine echte

Agrarwende und gegen den ungebändigten Flächenfraß. Rund 20 Traktoren führten einen bunten Demonstrationszug an, der von der Politik forderte, den Bau neuer Massentierhaltungsanlagen und die weitere Zubetonierung und Verlärmung der Landschaft durch unnötige Verkehrsprojekte zu beenden und die bäuerliche Landwirtschaft und Imkerei in Bayern vor den Agrar- und Chemiekonzernen zu schützen.

Aufgerufen hatte ein breiter Träger- und Unterstützerkreis darunter "Meine Landwirtschaft" und viele ihrer Träger.

29. August – 1. September 2013: Aktionstage „Wir haben Agrarindustrie satt!“ in Wietze

Vom 29. August bis 1. September fanden an Europas größtem Geflügelschlachthof in Wietze/Celle, Niedersachsen, die bundesweiten Aktionstage „Wir haben Agrarindustrie satt!“ statt. Vor den Bundestagswahlen wurde die "Wir haben es satt!"-Bewegung an einen Brennpunkt der Agrarindustrie gebracht: Der Geflügelschlachthof in Wietze steht als Symbol für eine fortschreitende industrielle Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion.

Höhepunkt war eine bunte Demonstration durch Wietze mit einer Menschenkette um den Schlachthof und anschließendem Konzert. 7.000 Menschen forderten in Wietze: "Wir haben es satt! Bauernhöfe statt Agrarindustrie!" Begleitend dazu fand ein Sommercamp mit Workshops und Diskussionsrunden statt, an dem etwa 300 Menschen teilnahmen und die Bewegung für eine bäuerliche Landwirtschaft weiter gestärkt, vernetzt und bekannt gemacht wurde.

**November 2013 bis Februar 2014:
Workshopreihe „Politischer Suppentopf“**

Beim „Politischen Suppentopf“ dreht sich alles rund um die Frage „Wie wollen wir Stadt und Land in Zukunft ernähren?“ Die Workshopreihe fand bis Ende 2013 bereits an vier Orten statt (in Berlin, Dresden, Köln und Hannover) und soll bis Ende Februar 2014 insgesamt 8 Workshoptage an verschiedenen Orten umfassen. Der „Politische Suppentopf“ bringt Initiativen und Aktive im Bereich „Zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung“ zusammen. Ziel der Workshopreihe ist

die Vernetzung der Aktiven vor Ort und bundesweit, die Bereitstellung von Informationen über die Auswirkungen der industriellen und globalisierten Landwirtschaft und die Entwicklung einer Vision, wie die Landwirtschaft und Ernährung der Zukunft in den jeweiligen Städten aussehen kann. Neben der inhaltlichen Arbeit wird in den Workshops gemeinsam geschnippelt, gekocht und gegessen. Der „Politische Suppentopf“ ist eine Kooperation der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und dem INKOTA-Netzwerk e.V.

Fazit und Bewertung

Aktion	Ziel	Quantitativer Erfolg
Presseaktion Bienensterben	Presseaufmerksamkeit für die bevorstehende Großdemonstration erreichen	100 TeilnehmerInnen, verschiedene Medienberichte, erhöhte Aufmerksamkeit für Großdemonstration
Dritte „Wir haben es satt“- Demonstration in Berlin und Supp’n Talk	Starkes Signal in die Politik senden, Bewegung zusammen bringen, Vernetzung, weitere Sensibilisierung für die Themen „Landwirtschaft und Ernährung“, öffentliche Wahrnehmung vergrößern; Supp’n Talk: sehr gut angenommenes Diskussions- und Vernetzungsformat	25.000 TeilnehmerInnen (2011: 22.000, 2012: 23.000), 70 Trecker, starke europäische Beteiligung, Medienauswertung: über 2.100 Presseberichte allein in Deutschland (Gesamtreichweite: 20,5 Mio.), gute internationale Berichterstattung Washington Post und China Daily; Supp’n Talk: 2.500 TeilnehmerInnen
Aktion beim Agrarministertreffen	Forderung nach ökologischer und gerechter GAP-Reform verdeutlichen, PolitikerInnen in die Verantwortung nehmen	60 TeilnehmerInnen, gute Resonanz bei PolitikerInnen
EU- Abgeordnetencheck / Go M.A.D.	MdEPs die Anliegen der Bevölkerung bezüglich der GAP-Reform verdeutlichen, Austausch zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen erreichen, weitere Sensibilisierung für das Thema, europäische Ausweitung	Hohe Reichweite: alle 99 MdEPs angeschrieben, 75 Stellungnahmen erhalten (76 %), wurde europaweit aufgegriffen und wiederholt, 40 Gespräche mit deutschen MdEPs

	der Aktion	
Aktionstage Straßburg	Entscheidende Abstimmung im EU-Parlament in die öffentliche Wahrnehmung bringen, Medieninteresse wecken, EU-Abgeordnete erreichen, europäische Vernetzung ausbauen und stärken	200 TeilnehmerInnen, gute Pressebilder, Aufmerksamkeit und Reichweite bis ins EU-Parlament, zahlreiche Gespräche mit EU-Abgeordneten
„Mir hams satt“- Demonstration in München	Agrarindustrielle Massenproduktion und Flächenfraß zu Thema vor der Landtagswahl in Bayern machen, öffentliche Wahrnehmung stärken, Vernetzung der Aktiven auf Landesebene	8.000 DemonstrantInnen, größte Veranstaltung dieser Art bisher in Bayern, gute Medienaufmerksamkeit
Aktionstage in Wietze	Bewegung vor Ort an einem Brennpunkt der Agrarindustrie zusammen führen, inhaltliche Vertiefung in Workshops, Zusammenhänge aufzeigen, Medienaufmerksamkeit erlangen	7.000 DemonstrantInnen bei Umzingelung, 300 TeilnehmerInnen im Camp, gute Berichterstattung, zahlreiche Reaktionen aus der Politik
Politischer Suppentopf	Regionale Vernetzung und Austausch der Aktiven vor Ort, Entwicklung neuer Ideen zu zukunftsfähiger Landwirtschaft und Verstärkung von Kooperationen, Bereitstellung von Informationen	4 Workshoptage in 2013 (weitere 4 Workshops finden 2014 statt), TeilnehmerInnenzahlen jeweils 40-100, Verknüpfung von Inhalten und gemeinsamem Essen hat sehr gut funktioniert
Soziale Medien (Facebook, Twitter, Newsletter)	Begleitung des politischen Prozesses zur GAP-Reform und nationaler Umsetzung, Aufbereitung von Informationen zu Land-wirtschaft und Ernährung, Bereitstellung von Terminen, Dokumenten, TV-Tipps etc.	Stetig steigende TeilnehmerInnenzahlen: - Facebook „Wir haben es satt!“: > 13.000 - Facebook „Meine Landwirtschaft“: > 2.700 - Newsletter: 10.000 AbonnentInnen

Andere Akteure & Kooperationen

Im Jahr 2013 konnte die deutschlandweite und europäische Vernetzung weiter ausgebaut und vertieft werden. Die Trägerschaft der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ ist dabei weiter angewachsen und besteht inzwischen

aus knapp 50 Organisationen, Initiativen und Verbänden. Durch die regelmäßige Aufbereitung von Informationen aus dem agrarpolitischen Kontext und die Bereitstellung vielfältiger Informationen rund um das Thema

„Landwirtschaft und Ernährung“, darunter Veranstaltungsankündigungen, Nachrichten, TV- und Buch-Tipps, erfreut sich die Internetseite, der Facebook-Auftritt und der Newsletter zunehmender Beliebtheit und wird über die Einbindung des News-Tools auch von vielen weiteren Internetseiten genutzt. Zahlreiche Anfragen zu Medienkooperationen, darunter Magazine, Online-Plattformen und Filme, sowie zu institutioneller Zusammenarbeit verdeutlichen diese Entwicklung.

2013 konnte außerdem die regionale Vernetzung stark ausgebaut werden. So bildeten sich in mehreren Bundesländern Agrarbündnisse oder Landesgruppen von „Meine Landwirtschaft“, die bereits zahlreiche Veranstaltungen verwirklichen konnten.

Insgesamt zeigt sich deutlich, dass die Bewegung für eine bäuerliche Landwirtschaft und gutes Essen wächst und zunehmend in der Öffentlichkeit und in den Medien wahrgenommen wird.

Arbeitskreise und Projektgruppen

- AID-Mitgliederversammlung
- Arbeitskreis Wasser, Forum Umwelt und Entwicklung
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), 6 Sitzungen
- Beirat Multiplikatoren Ausbildung für nachhaltige Entwicklung an Ganztagschulen
- Beirat Sport und Umwelt des BMU
- Deutsche UNESCO-Kommission Bildung für nachhaltige Entwicklung
- DNR-AK Ehrenamtliches Engagement
- EEB
- Koordinierungsstelle „Normung der Umweltverbände“
- Leitungskreis Forum Umwelt & Entwicklung
- Forum U&E, verschiedene Arbeitsgruppen
- Internationale Summerschool: Bildung für Nachhaltige Entwicklung im interkulturellen Dialog (Thema Klimawandel)
- Verein Ökologischer Tourismus in Europa (Ö.T.E.)
- Focal Point IUCN Deutschland
- Nationale Agentur des Centre Naturopa beim Europarat
- DNR-Präsidiumssitzungen (4 Sitzungen)
- DNR-Verbändeforum (2 Sitzungen)
- Ökologische Gerechtigkeit
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)
- Steuerungsgruppe „Langfristige Finanzierungsansätze zur Steuerung des Nationalen Naturerbes“
- Koordinierungsstelle „Normung der Umweltverbände“ (KNU)
- DNR-AK Strategietreffen Naturverständnis (3 Sitzungen)
- DNR-AK Nachhaltigkeit
- DNR-AK Wachstum (4 Sitzungen)
- Umweltgutachterausschuss (UGA)
- Bündnis für Gemeinnützigkeit
- DNR-Mitgliederversammlung, 30.11.2013, Berlin

▪ Veröffentlichungen

- Stellungnahme zum Verordnungsentwurf des BMU vom 9.7.2013 zur Sechsten Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung
- Forderungspapier der Umwelt – und Verkehrsverbände zur Lärmschutzpolitik
- Forum „Standortauswahlgesetz Endlagerung hochradioaktiver Abfälle“
DNR-Statement am 31.Mai 2013 in Berlin; Neustart bei der Endlagersuche; Positionspapier des DNR

Pressemitteilungen

- Einladung zum Presse-Workshop; Wie grün ist die Grüne Woche wirklich
- DNR verlangt Kurswechsel bei EU-Budgetverhandlungen
- Bundesminister Rösler will Profitinteressen der Wasser-konzerne zu Lasten der Verbraucher durchsetzen
- Schwarz-gelbe Regierungskoalition muss Bundesjagdgesetz zurückweisen
- Das Bündnis für Gemeinnützigkeit fordert die Verhandlungen um die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP einzustellen.
- EU-Grünbuch für Klimaziele 2030 zu schwach; Deutschland muss die Energiewende europäisieren
- EU –Minister müssen in Dublin den Klimaschutz retten
- Neue EU-Saatgutverordnung: Gefahr für biologische Vielfalt
- Gemeinsame Presse-Erklärung DNR / BUND / NABU;
Umwelt/Forschung; Forschung geht uns alle an: DNR, BUND und NABU fordern nachhaltige Wissenschaftspolitik
- Atom/Endlagersuche; DNR: umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung ist entscheidend Resolution zum Hochwasserschutz; verabschiedet vom DNR-Präsidium am 4. Juni 2013 in Berlin
- Umwelt/Bundestagswahl; BUND, DNR und NABU: Umweltverbände stellen gemeinsame Kernforderungen zur Bundestagswahl vor
- DNR zum Hochwassergipfel; Ja zur finanziellen Hilfe – wo bleibt Verschärfung beim Hochwasserschutzgesetz!
- Besuch beim besten Profiverein des DFB-Umweltcup 2012 1. FC Heidenheim

- Freihandelsabkommen mit den USA: Kultur und Umwelt brauchen keine Deregulierung
- Bundesregierung vernachlässigt Gesundheitsgefahren durch PCB
- DNR: Privatisierung der BVVG untergräbt Naturschutzziele der Bundesregierung;
Deutscher Naturschutzring fordert sofortigen Verkaufsstopp für BVVG-Flächen in Naturschutzgebieten und Überschwemmungsgebieten
- Kommentar zum bundesweiten Klima-Aktionstag: Wahlkampf verpennt Klimaschutz
- DNR kritisiert 5-Punkte-Plan der FDP zur Energiepolitik
- Pressekommentar zum Bericht des Weltklimarats; Merkel muss wieder Klimakanzlerin werden
- Anstieg EEG-Umlage ist nur die halbe Wahrheit
- Deutschland muss Blockade des EU-Bodenschutzes beenden
- Große Koalition blockiert EU-weiten Bodenschutz
- Umweltverbände besorgt über Verlauf der Koalitionsverhandlungen. Deutliche Verbesserungen angemahnt.
- Umweltdachverband DNR enttäuscht über Koalitionsvereinbarung
- Umweltverbände: Weiterer Ausbau der Offshore-Windenergie muss naturverträglich erfolgen
Schallschutzkonzept endlich in Kraft
- Umweltverbände nicht in Kommission Endlager

Pressekonferenzen/Pressegespräche

- Pressegespräch am 20. Februar 2013: Vom Modezar und Naturschützer zum Biobauer - DNR stellt Herrn Douglas Tompkins vor
- Einladung zum Pressehintergrundgespräch am 27.5.2013 "Academia Reloaded - Forschungspolitik im Vorfeld der Bundestagswahl: Debatten über mehr Transparenz in der Wissenschaft" Journalistenvereinigung für Technisch-Wissenschaftliche Publizistik TELI
- Pressegespräch am 3. Juli 2013; 1. FC Heidenheim 1846 bestes Profiteam beim DFB-Umweltcup 2012 DFB und DNR für mehr Umweltschutz im Sport

Homepages

Deutscher Naturschutzring: www.dnr.de

EU-Koordination: www.eu-koordination.de

EU-Koordination Umweltcheck: www.umweltcheck-euoparl.de

Projekt „Mehr Gerechtigkeit durch Umweltschutz“: www.nachhaltigkeits-check.de

klima-allianz deutschland: www.klima-allianz.de

Forum Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

Verbandszeitschrift umwelt aktuell und Pressespiegel

umwelt aktuell ist der monatlich erscheinende Infodienst des DNR für europäische und deutsche Umweltpolitik. Ob Brüssel Gesetze ändert, was in Berlin beschlossen wurde oder welche Brisanz eine neue Verbandsstudie hat - umwelt aktuell hält die DNR-Mitgliedsorganisationen und Öffentlichkeit auf dem Laufenden.

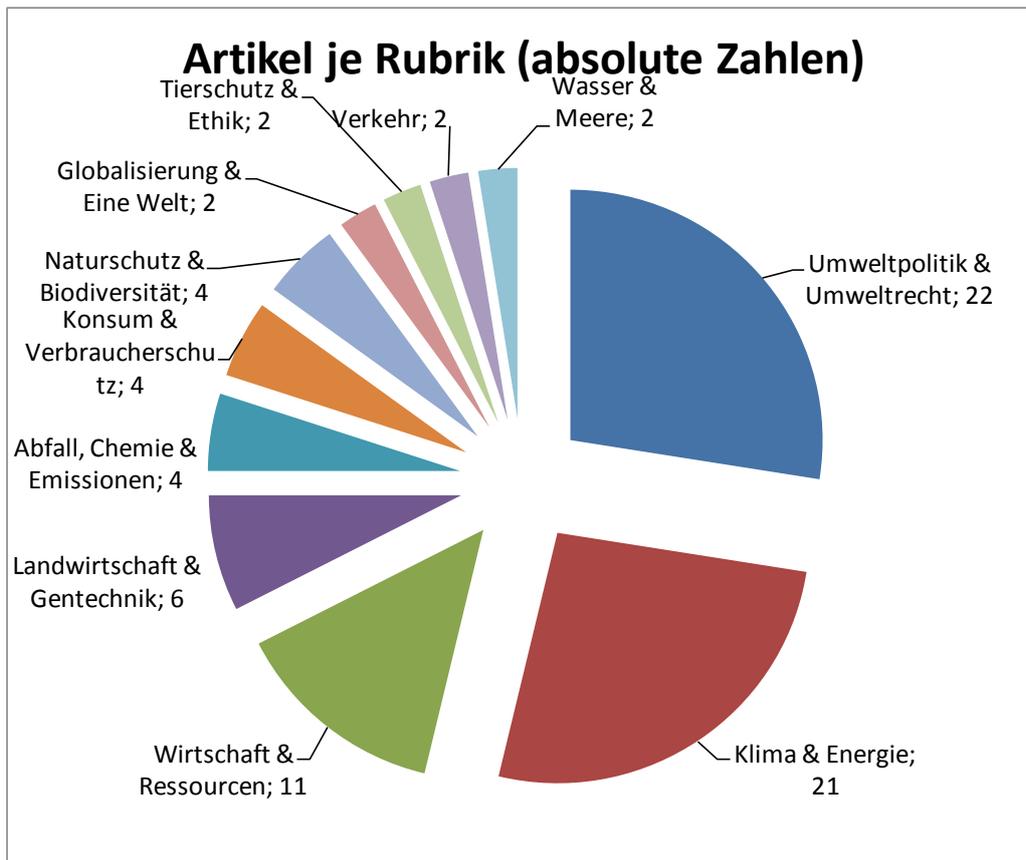
Das DNR-Redaktionsbüro bietet die Weiterleitung eines Pressespiegels mit aktuellen naturschutzrelevanten und umweltpolitischen Meldungen der großen Zeitungen und Onlineportale an. Der Pressespiegel erscheint im Allgemeinen wochentäglich und umfasst mehrere Rubriken. Dieser kostenlose Pressespiegel ist nur für Mitglieder der DNR-Verbände zugänglich.

Themenstatistik umwelt aktuell 2013

02/13-12/13 (zehn Ausgaben)

Die Zeitschrift umwelt aktuell gibt ExpertInnen und Aktiven im Umweltsektor einen Überblick über umweltpolitische Entwicklungen von der lokalen Ebene bis zur internationalen Politik und informiert über die Aktivitäten der Mitgliedsverbände des DNR.

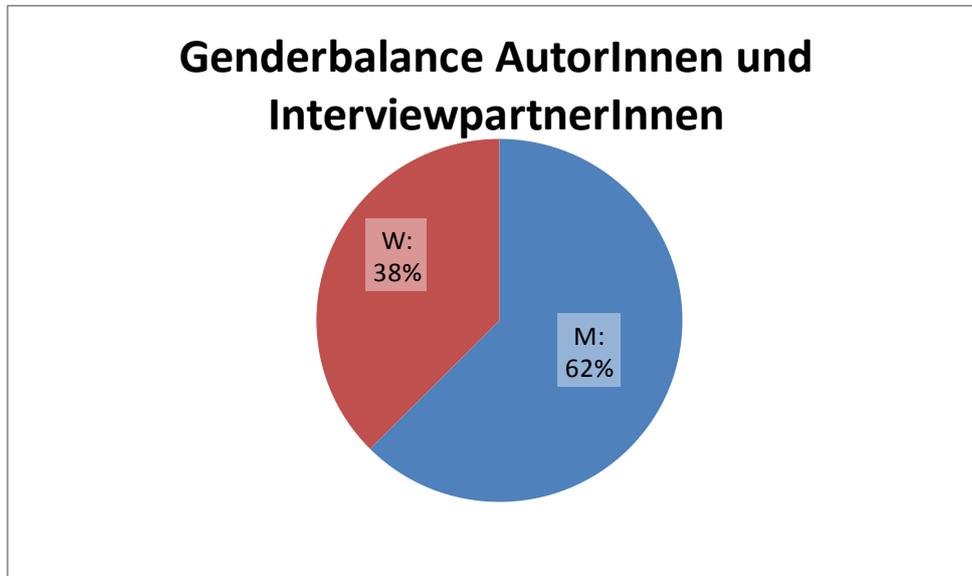
Themenartikel/Rubriken: Insgesamt: 80	N	%
• Umweltpolitik & Umweltrecht	22	27,5
• Klima & Energie	21	26,3
• Wirtschaft & Ressourcen	11	13,8
• Landwirtschaft & Gentechnik	6	7,5
• Abfall, Chemie & Emissionen	4	5
• Konsum & Verbraucherschutz	4	5
• Naturschutz & Biodiversität	4	5
• Globalisierung & Eine Welt	2	2,5
• Tierschutz & Ethik	2	2,5
• Verkehr	2	2,5
• Wasser & Meere	2	2,5



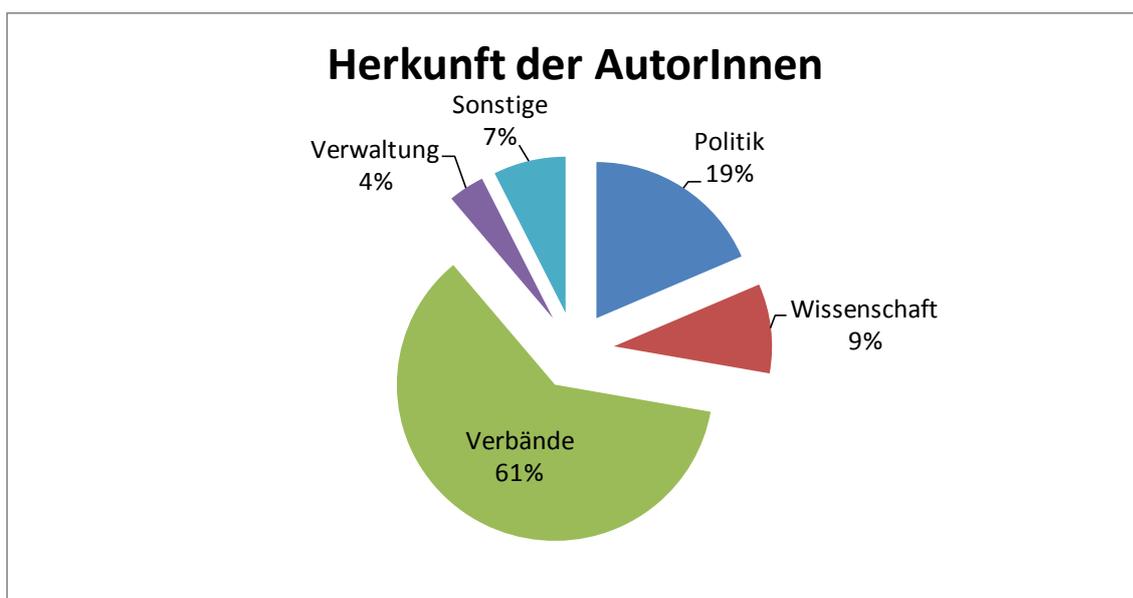
AutorInnen/InterviewpartnerInnen: 64

M: 24 (27,5 %)

W: 42 (61,5 %)



Herkunft der AutorInnen (ohne InterviewpartnerInnen)	N	%
• Politik	10	19
• Wissenschaft	5	9
• Verbände	33	61
• Verwaltung	2	4
• Sonstige	4	7



Veranstaltungen des DNR bzw. mit seiner Beteiligung

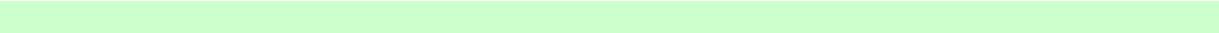
- Ökologische Wende vs. Sozialpolitik?, 21. Januar 2013, Berlin
- Konsequenzen aus dem Bericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, 24. April 2013, Berlin
- DNR und VDW: „Partizipation und Transparenz in Wissenschafts- und Forschungspolitik“, 31. Mai 2013, Berlin
- DNR und ZTG: „Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements und Bedeutung sozialer Innovationen im sozial-ökologischen Transformationsprozess, am Beispiel nachhaltiger Stadtpolitik“, 13. Juni 2013, Berlin
- 30 Jahre PCB-Management – was ist (noch) zu tun? Lehren für den Chemikalien Risk-Cycle einer Kreislaufwirtschaft, 20. August 2013, Berlin
- DNR und Projekt Forschungswende (VDW): „Fachgespräch Forschung für die Energiewende“, 21. Oktober 2013, Berlin
- DNR und Deutsche Umweltstiftung: Leseabend mit Ernst Ulrich von Weizsäcker im Rahmen der Umweltlesereihe: GreenTalk – „Vom Wissen zu nachhaltigen Umwandlungsprozessen“, 13. November 2013, Berlin
- DNR und Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung: Leseabend mit Andrea Baier „Stadt der Commonisten: Neue urbane Räume des Do it yourself“ im Rahmen der Umweltlesereihe: GreenTalk – „Vom Wissen zu nachhaltigen Umwandlungsprozessen“, 14. November 2013, Frankfurt am Main
- DNR und Deutsche Umweltstiftung: Lesenachmittag mit Andrea Baier „Lilian und Fräulein Azuré im Land der Moore“ im Rahmen der Umweltlesereihe: GreenTalk – „Vom Wissen zu nachhaltigen Umwandlungsprozessen“, 30. November 2013, Potsdam
- DNR-Mitgliederversammlung, 30. November 2013, Berlin

Politische Aktivitäten - Spitzengespräche

- 18.02.2013 Treffen des DNR mit dem Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen
- 1.03.2013 Gespräch mit Jochen Flasbarth, Präsident UBA, und Vertretern des DNR-Präsidiums/DNR-Geschäftsführung
- 13.03. 2013 Gesprächstermin Herr Prof. Vogtmann mit Frau Bulling-Schröter und Frau Tackmann
- 26.03.2013 Gespräch zwischen DNR-Präsident Prof. Dr. Hartmut Vogtmann und Ministerin Ulrike Höfken und Staatssekretär Dr. Thomas Griese vom Umweltministerium in Rheinland-Pfalz

- 21.03.2013 Treffen der Verbände mit Sigmar Gabriel zum SPD-Regierungsprogramm
- 28. + 29.03.2013 Tagung „Atommüll ohne Ende“
- 17.04.13 Gespräch des Bundesfachausschusses Klima, Umwelt- und Energiepolitik der CDU, Vorsitzende Frau Reiche mit Vertretern Umweltverbände und Kirchen
- 15.05. 2013 Einladung zum Bürgerfest des Bundespräsidenten; Für die am 30. August 2013 schlägt der DNR aus den Reihen seiner Mitgliedsverbände (BUND, SDW, LNV, DAV, NABU, EUROPARC Deutschland) 16 Bürgerinnen und Bürger, die sich bereits seit längerer Zeit ehrenamtlich für den Natur-, Tier- und Umweltschutz engagiert haben, vor.
- 25. – 27.05:2013 Board-Meeting des EEB zu den Themen Europawahl 2014, EEB-Namensänderung, 40. EEB-Geburtstag 2014, Litauische + Griechische Ratspräsidentschaft in Litaunien
- 28.05.2013 Termin mit Umweltminister Stefan Wenzel (Niedersachsen): Geplantes Kohlekraftwerk der DOW in Stade
- 28.05.2013 Mobilitätsrunde der klima-allianz, Standpunkt Verkehrswende, BUND Bundesgeschäftsstelle
- 28.05.2013 Dialogforum VI des BMU zum Thema „Naturschutz und Energiewende“ in Berlin.
- Verbändetreffen mit EU-Klimakommissarin Hedegaard zu Emissionshandel, Klimazielen 2030 und Klimaverhandlungen in Berlin
- 11.06.2013 wichtiges Strategietreffen der Naturschutzverbände DNR, BUND, NABU und WWF mit Vertretern der Bundesfraktion Bündnis 90/Die Grünen und mehreren „grünen“ Landesumweltministerien und Mitarbeitern zum Thema Energiewende und Naturschutz
- 19.06.2013 LANA-Fachgespräch mit den Verbänden, 13.00 Uhr
- 19.06.2013 organisiert das BMZ zusammen mit dem Forum U&E, VENRO und dem Forum Menschenrechte eine Veranstaltung mit dem Thema "Gemeinsam die Zukunft gestalten: Die Post-2015 Agenda – Dialog mit der Zivilgesellschaft".
- 18.06.2013, Aktionstag zum TTIP-Abkommen EU-USA Unter den Linden/Wilhelmstraße mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis.
- 24.06.2013 Veranstaltung gemeinsam mit Brot für die Welt und der südafrikanischen Partnerin Mariam Mayet (African Center for Biosafety) zum Thema „Initiativen zur „Modernisierung“ der afrikanischen Landwirtschaft – was sind aktuelle Entwicklungen und was können Bündnisse zivilgesellschaftlicher Organisationen erreichen
- 04.07.2013 Gespräche der UMK mit kommunalen Spitzenverbänden sowie Umwelt- und Naturschutzverbänden
- 11.07.2013 Strategietreffen zu EU Energie-Klimazielen 2030 NGOs/BMU
- 12.08 2013 Gespräch „Besetzung der Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“

- 20.08.2013 DNR-Workshop „30 Jahre PVB-Management - was ist (noch) zu tun? Lehren für den Chemikalien Risk-Cycle einer Kreislaufwirtschaft“, 11.00 Uhr, EU-Kommission
- 02.09.2013 Gespräch zwischen Minister Machnig und Vertreter der Umweltverbände
- 19.10.2013 Lobbygespräch mit Marc Jütten (Kabinett von EP-Parlamentspräsident Martin Schulz) zu TTIP ; Lobbygespräch mit Marten Westrup, DG-Energy zu 2030
- Am 19.10.2013 fand ein Lobbygespräch mit Marc Jütten (Kabinett von EP-Parlamentspräsident Martin Schulz) zu TTIP statt
- 21.10.2013 Gespräch DNR-Präsident Prof. Dr. Hartmut Vogtmann mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,
- Am 22.10.2013 fand auf Einladung von NRW-Min. Remmel ein Lobbygespräch zu Tierhaltung und agrarpolitische Weichenstellungen nach der Bundestagswahl statt
- 25.10.2013 Treffen der Trägerorganisationen von Meine Landwirtschaft in Berlin, 10-15 Uhr
- 28.10.2013 Gesprächsrunde mit SPD-AG Umwelt und Landwirtschaft.
- 28.10.2013 Fachgespräch „Dioxine und PCB: Bessere Daten - schnellere Aufklärung“, BMU, Robert-Schumann-Platz
- 28.10.2013 Vorbereitendes Gespräch mit Ulrich Kelber, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zu den Koalitionsverhandlungen
- 28.10.2013 Global Soil Week in Berlin - Gemeinsame Veranstaltung EEB, Bundesverband Boden, DNR und andere zur EU-Bodenschutzpolitik
- 04.11.2013 Besprechung über die Auswirkungen eines aktuellen Urteils des Europäischen Gerichts (EuG) auf die Praxis der Verbändeförderung, auf Einladung des Bundesumweltministeriums
- 08.11.2013 Workshop Klimaziele 2030 in Kooperation mit klima-allianz, Brot für die Welt
- 13.11.2013 Lobbygespräch mit Frank Schwabe (SPD) zu den Auswirkungen des Handelsabkommens mit Zentralamerika
- 13.11.2013 Veranstaltung mit Gästen aus EL Salvador zu den Auswirkungen des Handelsabkommens mit Zentralamerika, gemeinsam mit der FDCL.
- 21./22.11.2013 Mitgliederversammlung Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- 23.11.2013 Politischer Suppentopf - Diskussion und Vorstellung von regionalen Aktiven,
- 23.11.2013 Politischer Suppentopf - Diskussion und Vorstellung von regionalen Aktiven,
- 27.11.2013 Gedankenaustausch „Bürgerbeteiligung zu ökologischer Gerechtigkeit und Ressourcenverbrauch, 13-16 Uhr im Bundesumweltministerium
- 28.11.2013 Lobbygespräch mit Robert Habeck, Landwirtschaftsminister Schleswig-Holstein zu agrarpolitischen Weichenstellung für eine zukunftsfähige Tierhaltung.
- 29.11.2013 2. DNR-Verbändeforum, Schwerpunkt Wahlen zum Europäischen Parlament
- 29.11.2013 Workshop zur Europawahl 2014

- 10.12.2013 Seminar: EU-Fonds für die Umwelt. Fördermöglichkeiten für NGOs in der Finanzperiode 2014-2020
- 

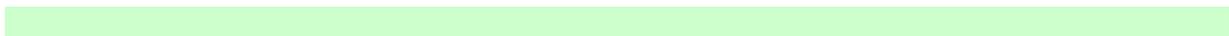
DNR-Mitgliedschaften und Mitarbeit in Gremien

- AID-Mitgliederversammlung
- Arbeitsgemeinschaft „Biodiversität“ des Forums Umwelt und Entwicklung
- Leitstelle Gender, Umwelt und Nachhaltigkeit „genanet“
- Beirat interkulturelles Bündis
- Beirat für das Washingtoner Artenschutzabkommen (WA) im Bundesamt für Naturschutz
- Beirat für Raumordnung des BMVBW
- Bund-Länder-Kommission Bildung für nachhaltige Entwicklung (BLK)
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- CAN Climate Action Network
- Deutscher Naturschutztag (DNT)
- Europäisches Umweltbüro (EEB), Brüssel
- Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe
- European Council for Nature Conservation
- Klima-Allianz
- Focal Point IUCN Deutschland
- Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU)
- Leitungskreis Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung
- Fachbeirat EMAS der KPMG Cert
- Nationale Verbindungsstelle für Naturschutz beim Europarat
- Normungsausschuss Umweltschutz beim DIN (NAGUS)
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)
- SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitskreis Ehrenamt
- Störfallkommission
- Technischer Ausschuss für Anlagensicherheit
- Umweltgutachterausschuss (UGA)
- Verein Ökologischer Tourismus in Europa (Ö.T.E.)
- Beirat für Zivildienst
- Jury „Förderpreis ökologischer Landbau“
- Europäische Vereinigung für Normung der Umweltverbände (ECOS)
- Verein grüner Strom, Label e.V.
- Steuerungsgruppe „Langfristige Finanzierungsansätze zur Sicherung des Nationalen Naturerbes“
- Berliner Lobbyrunde
- Gemeinsame Arbeitsgruppe LANA

Vertreter/Vertreterinnen des DNR in verschiedenen Institutionen

Institution	Vertreter	Position/Zeitraum
AID Mitgliederversammlung	Helga Inden-Heinrich	
Beirat für Land- und Forstwirtschaft des BMELV	Leif Miller	
Beirat für Raumordnung des BMVBW	Dr. Brigitte Dahlbender (BUND)	
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)	Ludwig Wucherpfennig Bettina Kühnast (Europarc Deutschland)	
Bündnis für Gemeinnützigkeit	Dr. Helmut Röscheisen	
Kommission für Anlagensicherheit (KAS)	Dr. Ursula Fischbach (BUND) Claudia Baitinger (BUND) Oliver Kalusch (BBU)	
Deutscher Naturschutztag (DNT)	Prof. Hartmut Vogtmann Helga Inden-Heinrich	
Europäisches Umweltbüro EEB Brüssel	Bjela Vossen	
Jury Förderpreis Ökologischer Landbau	Dr. Helmut Röscheisen	Vorsitzender
Focal Point IUCN Deutschland	Helga Inden-Heinrich	
Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU)	Hubert Weinzierl	Vorsitzender bis 30.08.2013
Leitungskreis Projektstelle Forum Umwelt und Entwicklung	Sebastian Schönauer	
Fachbeirat EMAS der KPMG Cert	Dr. Helmut Röscheisen	
Nationale Verbindungsstelle für Naturschutz (Naturopa) beim Europarat	Helga Inden-Heinrich	unbefristet
Normungsausschuss Umweltschutz beim DIN	Dr. Ludwig Glatzner (BUND)	

(NAGUS)		
Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU)	Margita Dihlmann (Bundesverband für Umweltberatung)	
Umweltgutachterausschuss UGA	Prof. Dr. Jens Pape (NABU) Marion Hasper (BUND) Dr. Joachim Nibbe (NaturFreunde Deutschlands) Stellvertreter: Dr. Ludwig Glatzner (BUND) Wolfgang Guhle (NaturFreunde Deutschland) Marion Hammerl (Global Nature Fund)	
Nationales CSR-Forum (Corporate Social Responsibility) beim BMAS	Jörg Sommer (Deutsche Umweltstiftung)	
Verein Ökologischer Tourismus in Europa	Helga Inden-Heinrich	Mitglied des Vorstands
Beirat interkulturelles Bündnis für Nachhaltigkeit	Helga Inden-Heinrich	



Ressortverteilung

Prof. Dr. Hartmut Vogtmann, Präsident

- ⇒ Natur- und Umweltschutzpolitik, besonders im Kontakt mit der Bundesregierung, dem Bundespräsidenten, dem Deutschen Bundestag und den internationalen Natur- und Umweltschutzorganisationen, Internationaler Natur- und Umweltschutz (federführend), Nachhaltigkeitspolitik (federführend), Wirtschafts- und Finanzpolitik (federführend), Operatives Geschäft

Leif Miller, 1. Vizepräsident

- ⇒ Internationaler Natur- und Umweltschutz (Ost) / EU (EU-Koordination), Naturschutz / Nationales Naturerbe (federführend), Ehrenamt (federführend), Betreuung der Geschäftsstelle, Personal

Undine Kurth, 2. Vizepräsidentin

- ⇒ Artenschutz (federführend), Tierschutz (federführend), Umweltbildung (federführend), Kultur, Religionen und Umweltschutz

Kornelie Blumenschein, Schatzmeisterin

- ⇒ DNR-Haushalt, Agrarpolitik / Gentechnik / Ökologischer Landbau

Elisabeth Emmert

- ⇒ Ländlicher Raum (federführend), Wald, Jagd

Gerlinde Hoffmann

- ⇒ Sport (federführend), Tourismus, Freizeit, Erholung

Kai Niebert

- ⇒ Energie- und Klimapolitik (federführend), Begleitung Projekt Transformationsprozess, Nachhaltigkeitspolitik

Sebastian Schönauer

- ⇒ Wasser- und Bodenschutz, Wirtschafts- und Finanzpolitik in Abstimmung mit dem Präsidenten, Leitungskreis Forum Umwelt & Entwicklung

Ludwig Sothmann

- ⇒ Ländernaturschutz (federführend), Umsetzung Biodiversitätsstrategie, Landschaftspflege, Umweltbildung, Windenergie

Ludwig Wucherpfennig

- ⇒ Tourismus (federführend), Verkehr, Ehrenamt, Alpenkonvention

Martin Geilhufe, Jugendvertreter

- ⇒ Jugendpolitik, Zukunftspiloten

Portrait der DNR-Geschäftsstelle

Dr. Helmut Röscheisen, Generalsekretär

- ⇒ allgemeine Geschäftsführung; Außenvertretung; Pressearbeit; Stellungnahmen für Gesetzentwürfe etc.; Kontakte zu Verbänden, politischen Institutionen und gesellschaftlichen Gruppierungen; EG-Aktivitäten
- ⇒ Koordination Projektgruppen Naturschutzrecht, Verkehr, Jagd, Energieeffizienz, Ehrenamt, Umweltgesetzbuch (UGB), Öko-Audit, Ländlicher Raum, Normung, Tourismus

Helga Inden-Heinrich, stellv. Generalsekretärin

- ⇒ Geschäftsbereiche Personal, Finanzen und Haushalt; Öffentlichkeitsarbeit; Koordination Mitgliedsverbände und anderer gesellschaftlicher Gruppierungen; Präsidiumsbetreuung; Koordination und Organisation: Deutscher Naturschutztag (DNT), Nationale Koordinierungsstelle IUCN, Projektleitung: Gender-Mainstreaming, Nachhaltigkeitsstrategie und zivilgesellschaftliche Partizipation, DNR-Veranstaltungen allgemein
- ⇒ Deutsche Vertreterin der nationalen Verbindungsstelle für Naturschutz beim Europarat (Naturopa-Center), Mitglied AID

Doris Rohde, Assistentin der Geschäftsführung

- ⇒ Pflege des Internet-Auftritts, Pflege des Diskussionsportals, Internetrecherchen, Bearbeitung von Publikationen, Vorbereitung von Tagungen, Workshops und Konferenzen, Sachbearbeitung; Büroorganisation; Betreuung der Aushilfen

Juliane Grüning (Elternzeit), Vertretung Daniel Hiß

- ⇒ Sachbearbeitung EU-Koordination, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, nationale Umweltpolitik, Gender Mainstreaming, Redaktion umwelt aktuell

Kerstin Hanack

- ⇒ Buchhaltung

Anke Draheim

- ⇒ Sekretariat

Projekt Redaktion umwelt aktuell

- Marion Busch ⇒ Redaktion umwelt aktuell
- Daniel Hiß ⇒ Redaktion umwelt aktuell

EU-Koordination / Projekt „EU-Umweltpolitik Reloaded“ und „Fit für die neue EU-Finanzperiode“

- Bjela Vossen
- Stefanie Langkamp
- Antje Mensen
- Eric Janacek (Aushilfe)

Nachhaltigkeitsprojekt „Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung“

Projekt
Theresa Klostermeyer
Ragna Bergk

Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung

Jürgen Maier	Projektstellenleiter
Alessa Hartmann	Sachbearbeitung
Marie-Luise Abshagen	Sachbearbeitung

Internationale NGO-Vernetzung zum Thema Handel und Umwelt und fachliche Begleitung aktueller Freihandels-Verhandlungen - TTIP

Projekt
Alessa Hartmann

Rio+20-Vorbereitung

Projekt
Dr. Kathrin Blaufuss
Claudia Kabel

Dialogplattform Wald

Projekt
Jürgen Maier
László Maráz

Klimaallianz

Dr. Katharina Reuter
Daniela Setton
Mona Bricke

**Deutscher Naturschutzring
Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände
(DNR) e.V.**

Deutscher Naturschutzring

Geschäftsstelle
Marienstr. 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 – 70
Fax: 030 / 678 1775 – 80
E-Mail: info@dnr.de
Internet: www.dnr.de

EU-Koordination

Marienstr. 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 – 70
Fax: 030 / 678 1775 – 80
E-Mail: eu-info@dnr.de
Internet: www.eu-koordination.de

Redaktionsbüro / Redaktion umwelt aktuell

Marienstr. 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 – 82, -81
Fax: 030 / 678 1775 – 80
E-Mail: redaktion@dnr.de
Internet: www.umwelt-aktuell.eu

Projekt Generationengerechtigkeit

Marienstr. 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 – 87
Fax: 030 / 678 1775 – 80
E-Mail: theresa.klostermeyer@dnr.de
Internet: www.nachhaltigkeits-check.de

Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung

Marienstr. 19-20
10117 Berlin
Telefon: 030 / 678 1775 – 93
Fax: 030 / 678 1775 – 80
E-Mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de